

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 10 vom 9. März 1984

18. Jahrgang

1 DM

Kein Kirchen-kampf

... ist es, wenn die Aalener Kreisbehörden einen buddhistischen japanischen Mönch abschieben wollen. Formale Paßgründe werden vorgeschoben. Um was es dabei geht: Der Mann protestiert in Mülheim. Auf seine Weise zwar aber er protestiert. Und das ist zuviel, gegen diese gelbe Gefahr muß etwas getan werden. Etwas Originelles ist den Behörden im Späthland dabei nicht eingefallen, sondern nur etwas, was sie in besonderer Gründlichkeit ausüben pflegen: Abschieben, den Mann, diesen Ausländer, diesen ...

Da kennen sie keine Parteien mehr, auch keine Religionen, sondern nur noch Protestierer. Und mit denen wird, wo immer heute möglich, kurzer Prozeß gemacht. Nein, mit Kirche hat das wenig zu tun. Um so mehr mit der Frage, was denn hier an demokratischen Rechten noch gilt.

Keinen Paß

... wollen angeblich die befragten Westberliner Einwohner aus der Türkei. Zwar: Die Mehrheit wollte schon auf Dauer bleiben, wollte auch — was immer damit jeweils gemeint ist — Integration. Nur rund 20 Prozent der jüngeren Befragten aus der Türkei wollten einen deutschen Paß, also die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft. Dieser Teil der Umfrage wurde sofort begeistert dahingehend kommentiert, sie wollten also keine politischen Rechte. Wobei im Gegenteil festzuhalten ist, daß dieser Anteil wächst und mit der bewußten Entscheidung fürs Bleiben weiter wachsen wird. So gesehen ein Ansporn dafür, die Forderung, die die KPD in ihrem Ausländerprogramm erhoben hat, verstärkt zu vertreten.

Kein Kabel

... will die SPD in Schleswig-Holstein (im Gegensatz zur Bundespartei — dort wird auf eine Revision auf dem Parteitag hingearbeitet, in NRW kräftig gearbeitet). Es geht natürlich ums Kabelfernsehen. Ebenso erstaunlich wie das schnelle Umschalten ist die differenzierte Position dieser Partei immer wieder. Je nachdem ob sie an der Regierung oder in der Opposition ist?

35-Stunden-Woche — es gibt nur einen Weg:

Warnstreiks, Urabstimmung, Streik!

Schluß mit Steinkühlers „Kompromißangeboten“

Wie der Sprecher der IG Metall, Jörg Barczynski, erklärte, sind sich die Metall-Kapitalisten und die IG Metall in den bisherigen Verhandlungsrunden „keinen Millimeter“ nähergekommen. Eben daraus haben in verschiedenen Städten Metaller bereits die richtige Schlußfolgerung gezogen: In Gelsenkirchen legten zur vierten Verhandlungsrunde in NRW rund 2000 Kollegen von Krupp, Schalker Verein, Mönninghoff und anderen Betrieben die Arbeit nieder, um vor dem Verhandlungstisch die Unternehmer gebührend zu empfangen. In Hamburg erschienen die Metallkapitalisten gar nicht erst zur Verhandlung, weil Kollegen sich vor dem Verhandlungsraum eingefunden hatten, um gegen die Unternehmerrhaltung zu protestieren.

Mehr als erste Schwalben, die bekanntlich noch keinen Sommer machen, sind das aber bislang nicht. Der IG-Metall-Vorstand hat, nachdem die Friedenspflicht nun abgelaufen ist, erklärt, ab Aschermittwoch sollten verstärkt Warnstreiks durchgeführt werden.

Die Unternehmer haben auf diese Ankündigung nicht nur mit der Androhung von Aussperrungen reagiert, sondern die Warnstreiksabsichten der IG Metall für illegal erklärt. Deshalb wies der IGM-Justitiar Michael Kittner darauf hin, daß 12 von 13 Landesarbeitsgerichten in der Vergangenheit zu anderslautenden Urteilen gelangt sind. 8 LAGs hätten direkt festgestellt, daß die Warnstreiks der IGM im Jahre 1981 (neue Beweglichkeit in der Lohnrunde) rechtmäßig gewesen seien. Derzeit gebe es nur ein Urteil des LAG Hannover, demzufolge die IG Metall verpflichtet werden soll, in Niedersachsen nicht zu Warnstreiks aufzurufen, solange Tarifverhandlungen lau-

fen und ein Schlichtungsverfahren möglich erscheint.

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß Bund, Länder und Gemeinden derzeit bestrebt sind, die Unrechtmäßigkeit von Warnstreiks feststellen zu lassen, die die ÖTV im Frühjahr 1983 durchführte. Ein Güutetermin in dieser Frage verlief ergebnislos. Auch wenn es in

dieser Frage wohl nicht mehr zu einer Entscheidung, die unmittelbare Auswirkungen auf die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche haben wird, kommen dürfte, zeigt die von den „öffentlichen Unternehmen“ angestrebte Klage doch, wie massiv die unternehmeri-

Fortsetzung auf Seite 4



Ab 1. Januar 1985?

Jugendarbeitsschutz wird abgebaut

Auf Kosten der Gesundheit von Jugendlichen

BONN. — Die „Wunschregierung des Kapitals“ nannten wir die CDU/FDP-Regierung seit ihrem Amtsantritt. Wie sie den Wünschen des Kapitals Rechnung trägt, zeigt ihr Eingehen auf die Forderungen von Unternehmer- und Handwerksverbänden nach „Abbau ausbildungshemmender Maßnahmen“. Nach einer Kampagne, die auch mit Druck und Erpressung durchgeführt wurde („...sonst gibt es keine Lehrstellen mehr...“) liegt dem Bundesrat jetzt ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz vor, das in allen Belangen die Unternehmerwünsche erfüllt.

Aus einer Stellungnahme der Bundesregierung geht jetzt in erschreckenden Einzelheiten hervor, in welchem Maße die Ausbeutung Jugendlicher intensiviert werden soll, wie Raubbau an ihrer Gesundheit legalisiert werden soll. Demnach soll es ab 1. Januar 1985 durch verschiedene Ausnahmeregelungen möglich sein, den Acht-Stunden-tag — die 40-Stundenwoche und das Nachtarbeitsverbot

Ein „buntgescheckter Fleckenteppich unplausibler Regelungen“ nannte das Bundesarbeitsministerium die bisherigen Regelungen des Jugendarbeitsschutzes, die zuletzt von der sozialliberalen Regierung

1976 reformiert worden waren. „Ausbildungshemmend“ nannten sie vor allem die Kapitalisten, die bessere Bindungen für die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft haben wollten.

Der jetzt in Bonn geplante Einschnitt, der Abbau vieler Schutzvorschriften, die ellenlange Liste von Ausnahmeregelungen wird — verhindert man ihn nicht — katastrophale Folgen haben. Nicht nur im engeren Sinne für alle Werktätigen. Denn was hier in Angriff genommen wird, ist der Versuch in jahrzehntelangen Kämpfen erworbene Rechte, Schutzbestimmungen und Grenzen gegen Kapitalistenwillkür abzubauen. Man beginnt bei den Schwächeren, bei den Jugendlichen, der Angriff geht gegen alle.

Betriebsbesetzung bei Hanomag — Seite 5

Zum „radikal“-Prozeß — Seite 7

Resolution des ZK der KPD zur Arbeitslosigkeit — Seite 6

Diese Woche

Internationaler Frauentag '84

Arbeitszeit verkürzen, Arbeitsplätze schaffen und Frieden sichern“

Ist das Motto der Gewerkschaften für den diesjährigen 8. März, den Internationalen Frauentag. In zahlreichen Städten gehen die Frauen für ihre Forderungen auch auf die Straße.

Es war Clara Zetkin, die sich 1910 auf der II. Sozialistischen Frauenkonferenz dafür einsetzte, daß ein internationaler Frauentag geschaffen wurde. Mit dem internationalen Frauentag sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß es notwendig ist, neben dem allgemeinen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse einen besonderen Kampf zu führen — den Kampf für die Gleichberechtigung und für die Emanzipation der Frau.

Im Mittelpunkt des Kampfes stand damals die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen. Das Wahlrecht haben wir heute. Von der Gleichberechtigung aber kann keine Rede sein. Seit Beginn der 80er Jahre, seit dem Regierungswechsel in Bonn bekommen die Frauen das in besonderem Maße zu spüren.

Sie werden aus den Betrie-

ben gedrängt, weil sie ja angeblich Doppelverdiener sind. (Obwohl sie in Wirklichkeit nicht doppelt so viel verdienen wie andere, sondern ca. 30 Prozent weniger als die männlichen Kollegen.) Soziale Leistungen wie das Mutterschaftsurlaubsgeld, Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen werden insbesondere auf Kosten der Frauen abgebaut.

Andere reaktionäre Reformen, wie die des § 218, wie die des Scheidungsrechts zielen nicht nur auf konkrete Änderungen zu Lasten der Frauen ab, sondern sollen ihnen den Platz in der Gesellschaft, den sie sich trotz allem in den letzten Jahren erkämpft haben, wieder streitig machen.

Gegen all dies gilt es Front zu machen. Am 8. März in ganz besonderem Maße.

Solidaritätskomitee für politische Gefangene in der Türkei gegründet:

Wir brauchen eure Hilfe, um das Leben der politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen zu retten!

So ist der Aufruf überschrieben, mit dem sich ein kürzlich gebildetes Solidaritätskomitee an die Öffentlichkeit wendet. Die Bildung dieses Komitees geschah aus Anlaß der Entwicklungen in den türkischen Gefängnissen, den Morden von Diyarbakir, den Überfällen in Ankara-Mamak. Nachdem auf diese aktuellen Terrorfälle eingegangen wurde, heißt es im Text des Aufrufs weiter:

Nichts bleibt unversucht, um die politischen Gefangenen von ihrer Überzeugung abzubringen und ihnen ihre Menschenwürde zu nehmen. Alles nur erdenkliche wird durch die Verantwortlichen unternommen, um sie zu Existenzen zu machen, die sich dem Faschismus beugen. Die Gefangenen werden gezwungen, faschistische Militärmärsche zu singen und an einer faschistischen Schulung teilzunehmen. Folgen die Inhaftierten diesen Zwängen nicht, wird ihnen der Freigang gestrichen, werden sie gezwungen wochen- und monatelang in kleinen, völlig dunklen Zellen oder Gemeinschaftsunterkünften zu verbringen. Ständig werden sogenannte Durchsuchungen vorgenommen, bei denen sich die Gefangenen völlig nackt ausziehen müssen. Durch besondere Instrumente, die man ihnen in ihren After einführt und mit denen man am Körper die Durchsuchung fortsetzt, versucht man ihnen die Ehre zu nehmen.

Die Gefangenen, denen nicht gestattet ist, ihre Anwälte zu empfangen, denen man

Papier und Schreibzeug vorenthält, denen Bücher verboten sind, sind praktisch aller ihrer Verteidigungsrechte beraubt.

Um die moralische und physische Vernichtung der politischen Gefangenen zu beschleunigen, greift man zu allen erdenklichen und unvorstellbaren Maßnahmen. Gefangenen, die seit Monaten nicht mehr wissen, was warmes Wasser ist, wird regelmäßig auch das kalte Wasser vorenthalten. So ist z.B. in jenen Gefängnissen, in denen der Hungerstreik andauert, das Wasser abgestellt. Wie bekannt ist, versucht man die politischen Gefangenen zu zwingen, die Einheitskleidung zu tragen, um sie so auch nach außen ersichtlich zu Zugeständnissen gegenüber dem Faschismus zu zwingen. Da sich die Gefangenen bisher gegen diesen Zwang zur Einheitskleidung gewehrt haben, wurden all ihre persönlichen Kleidungsstücke beschlagnahmt. Zahlreiche Gefangene leben in den Gefängnissen, in denen keine Heizung oder ein Ofen brennt, die ganze Zeit über nur in ihrer Unterwäsche.

Schlaglichter BRD 84

Das Geschäft mit den Alten

Verfünffachen soll sich im Laufe dieses Jahres die Zahl der Betten in privaten sogenannten Altenpflegheimen in Mittelfranken, auf 1700 Betten. Je mehr staatliche Einsparungen durch die verschiedenen Bonner Regierungen in diesem Bereich vorgenommen wurden und werden, desto mehr wachsen die Verdienstmöglichkeiten für Privatleute. Zwar gibt es offiziell keine staatliche Förderung, aber dies geschieht über die Bezahlung horrender Preise durch die Sozialhilfe. Zwischen 72 und 87 DM Tageskosten werden da berechnet — da bekommt allein das Nürnberger Nordringheim in diesem Jahr 1,1 Millionen Mark. Dies, obwohl Ausbildung und erst recht Bezahlung der Pflegebelegschaften keinerlei Bedingungen unterworfen ist. Für gewissenlose Geschäftsmacher freie Bahn, Leistung muß wieder lohnen, heißt es in Bonn — auch dazu...

Rücktritt gefordert

Den Rücktritt des Burgdorfer Stadtdirektors Bindseil hat jetzt die ÖTV Hannover gefordert. Mit einer Durchsuchung der Bücherei hatte dieser jüngst seine jahrelange Kampagne gegen den Büchereileiter Mieslinger, der ÖTV-Aktivist ist, fortgesetzt. Auch die niedersächsische Bibliotheksgesellschaft (CDU-geführt) schloß sich dem Protest gegen die als „Porno-Säuberung“ bekannt gewordenen Zensurmaßnahmen des Herrn Direktors an. Unter dem Motto „Wir lesen, solange wir dürfen“, fand jüngst eine Massenlesung von etwa 200 Schülern in der Burgdorfer Bibliothek statt.

Behinderten-demonstration

Eine gemeinsame „Befahrung“ der S-Bahn-Strecke von Düsseldorf nach Dortmund unternahm in der vergangenen Woche eine Gruppe von Rollstuhlfahrern. Ihr Urteil: Ein einziger Hindernislauf und ein Ende in Hilflosigkeit auf dem Dortmunder Bahnhof. Das einst vorübergehend in Mode gekommene Schlagwort von der „Behindertengerechtigkeit“ paßt nicht in die kapitalistische Krisenlandschaft.

Entbürokratisierung konkret

Eine erneute Beweisführung für die Behauptung, die jüngst bekanntgemachten Entschlüssen der Bundesregierung zur Abschaffung bürokratischer Vorschriften in der BRD-Wirtschaft sei nur im Interesse des Kapitals, gab jetzt das Bundeswirtschaftsministerium bekannt: Selbstverständlich sei in diesem Zusammenhang auch das Ladenschlußgesetz in der Debatte. Die Handelskapitalisten werden sich weiter freuen dürfen. Für die Belegschaften heißt diese Art Entbürokratisierung schlicht Mehrarbeit.

Jüngste Nachrichten beweisen Diktatur Genscher-Reise — erneute Aufwertung des Regimes in Ankara?

Bundesaußenminister Genscher reist dieser Tage nach Ankara. Sicher ist er weder hier noch dort in der Lage, daraus eine normale Dienstreise zu machen, denn daß es besondere Beziehungen zwischen den beiden Regierungen der Türkei und der BRD gibt, ist allgemein bekannt. Allerjüngste Nachrichten machen diese Reise für Genscher erst recht zu einem Problem.

Jüngste Nachrichten: Das ist einerseits die Kenntnis des Todes der Hungerstreikenden in Diyarbakir — was sich nun wahrlich nicht als ein Zeichen für angebliche Demokratisierung oder auch nur Milderung der Haftbedingungen der unzähligen politischen Gefangenen bewerten läßt. Das ist zum anderen die

erfundenen angeblichen Demokratisierungsprozesses mit sich bringen.

Die erneuten Todesopfer von Diyarbakir, der erneute Hungerstreik im Marmak-Gefängnis, alles dies fordert Protest heraus — gegen die türkischen Diktatoren, aber auch gegen eine Bundesregierung, die



Bestätigung der seit langem erhobenen Vorwürfe in Richtung der türkischen Konsulate und deren Bespitzelung und Erpressung ihrer Landsleute — was jetzt für alle vier Konsulate in NRW öffentlich eingestanden wurde.

Genscher verzichtete für diese Reise auf die Beteiligung am Lieblingstrip dieser Regierung nach Washington, sie soll, alle bisherigen Verlautbarungen zeigen dies, die weitere Aufwertung des nicht zuletzt in Bonn

jede Möglichkeit nutzt, dieses Regime reinzuwaschen, sein Ansehen wenigstens versuchsweise zu heben, gegen eine Bundesregierung, die die Herrschaft des Militärs weiterhin in vielerlei Beziehung nicht nur unterstützt, sondern gar effektiv mitträgt.

Eine echte Aufwertung des Regimes wird er in dieser Lage wohl kaum noch erreichen — es geht aber darum, gerade zu diesem Augenblick erneut von dieser Bundesregierung zu fordern, jegliche Unterstützung für das Regime in Ankara einzustellen!

Pinochet bekommt seine HDW-U-Boote

Im April soll nun das erste von zwei bestellten U-Booten an die chilenische Regierung von HDW ausgeliefert werden. Erlaubt war dieser Verkauf — das sollte man angesichts jetzt geäußelter Kritik betonen — Mitte 1980 vom Bundessicherheitsrat der damaligen SPD/FDP-Regierung worden.

Zusammen mit der vieldiskutierten Waffenlieferung an Saudi-Arabien war das „Chile-Geschäft“ eine der beiden Fragen, die unter Schmidts Kanzlerschaft zur Lockerung der Bestimmungen für den Waffenhandel geführt hatten. Daß zur selben Zeit auch U-Boote an Argentinien geliefert werden, ist jetzt nur durch den dortigen Sturz der Militärs etwas entschärft worden — vorher war die Wahrscheinlichkeit recht groß, daß im Streit um den Beagle-Kanal bundesdeutsche U-Boote auf beiden Seiten schießen würden.

Heute wird dieser Handel mit dem chilenischen Faschistenoberhaupt sozusagen fast als ganz normal betrachtet, als ein weiterer Markstein zur politisch bewußten Öffnung des Weltmarktes für bundesdeutsche Waffenhändler. Die vor kurzem stattgefundenen Anhö-

rung des Bundestags zum Kriegswaffenkontrollgesetz war ja bereits dementsprechend von all den Rheinmetall, Diehl und Co. lautstark bejubelt worden. Die bundesdeutschen Rüstungsfabriken bereiten eine Exportoffensive vor, so unter dem Motto, keiner kilt wie „Made in Germany“. Ihre Bundesregierung bereitet ihnen, aufbauend auf den diesbezüglichen „Leistungen“ ihrer Vorgängerin den Weg dafür.

Daß dies ein Weg ist, auf dem man nicht nur blutige Geschäfte macht, sondern auch den jeweils eigenen politisch-militärischen Einfluß in bestimmten Ländern steigert, davon zeugen die Erfahrungen der anderen großen Waffenhändler USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien. Daß dies nicht nur kriegerische Entwicklungen anheizt, sondern auch Einmischung provoziert, zeigen diese Erfahrungen ebenso.

Inzwischen vier Länderklagen beim Bundesverfassungsgericht

Kampf ums Geld zwischen Bundesländern

Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen haben vor dem Bundesverfassungsgericht Klage wegen des Bund-Länder-Finanzausgleichs erhoben. In diesen Ausgleichstopf haben davon Baden-Württemberg und Hessen einbezahlt, Bremen bekommen, während NRW auf plus-minus Null lag. Hinter diesem sich anbahnenden Streit steckt zum einen die Sonderrolle Niedersachsens, zum anderen die Lage im Stahlbereich und auf den Werften.

Für 1985 ist der Finanzausgleich bereits beschlossene Sache, der Streit, der sich anbahnt, wird um die ohnehin anstehende Neuordnung für 1986 gehen. Dann stehen die Bundesergänzungszuweisungen und die Aufteilung der Umsatzsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern zur Neuverteilung an.

Der vom Bund organisierte Finanzausgleich umfaßte im letzten Jahr die Summe von rund 2,1 Milliarden Mark. Ein Drittel davon erhielt allein Niedersachsen mit 704 Millionen. Niedersachsen gilt als „arm“, weil in seine Einnahmen nicht der Teil aus der Besteuerung von Erdöl und Erdgas einbezogen wird, immerhin eine Summe in der Landeskasse Hannovers, die sich in elf Jahren auf 2 Milliarden vervierfachte. Dagegen muß Hessen 2,6 Prozent seines Steueraufkommens in diesen Topf einbezahlen, Baden-Württemberg



6,4 Prozent und Hamburg gar 7,5 Prozent seines gesamten Aufkommens.

Die Besonderheit liegt also darin, daß nur ein einziges CDU-regiertes Land zu den Bezahlern dieser Lösung gehört, Baden-Württemberg eben, während alle anderen Nutznießer sind, wohingegen nur ein SPD-regiertes Bundesland Nutzen aus dieser Regelung zieht, eben Bremen. Dementsprechend unterschiedlich sind die Absichten der verschiedenen Klagen, die ja nur ein Ausdruck der von der jeweiligen Landesregierung verfolgten Politik sind.

Sonderparteitag der Hamburger SPD

Sparprogramm gebilligt — von Alternativen nichts zu sehen

Am vergangenen Wochenende fand im Hamburger Bezirk der SPD ein Sonderparteitag statt. Dieser war nötig geworden, weil in der Bürgerschaft die SPD-Fraktion in Streit über den Sparhaushalt des Bürgermeisters Dohnanyi geraten war. Es ging dem linken Flügel der Partei im wesentlichen darum, eine Alternative zur Bonner Sparpolitik zu verwirklichen, anstatt sie in Hamburg fortzusetzen.

Zweiter Punkt des Sonderparteitags war die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Hier folgte eine äußerst knappe Mehrheit der Delegierten der Leitlinie des Parteivorstandes, indem sie sich gegen den vollen Lohnausgleich aussprach. Kernpunkt der Auseinandersetzungen um den Hamburger Sparhaushalt war der geplante Stellenabbau. Wie in anderen sozialdemokratisch regierten Bundesländern und Gemeinden auch, gibt es innerhalb der SPD die Auffassung, man müsse sich bemühen im Rahmen der Möglichkeiten solch untergeordneter Ebenen, Alternativen in der staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu entwickeln und verwirklichen.

Zur Abstimmung kam ein Antrag, der die Sparpolitik Dohnanyis unterstützte und ihre Fortsetzung forderte: „Die mit dem Haushalt 1984 eingeleiteten Schritte zur Konsolidierung der Finanzen waren richtig und müssen fortgesetzt werden.“ Das bedeutete nicht nur die Zustimmung für den Abbau von 1,5 Prozent aller Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, wie er für 84 beschlossen wurde, sondern auch grünes Licht für weitere Maßnahmen in diese Richtung.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, die unsoziale Sparpolitik somit ge-

billigt. So könnte man auf den ersten Blick sagen, die SPD habe aus ihrem Bonner Scheitern nichts gelernt. Denn da wurde sie ja gerade zu dem Zeitpunkt aus der Regierung gedrängt, da sie die Unterstützung breiter Teile der Gewerkschaftsbewegung verloren hatte oder zu verlieren begonnen hatte. Finanzsenator König und Fraktionschef Voscherau aber zeigten in ihren Ausführungen, daß sie schon Konsequenzen gezogen haben, wie auch Dohnanyi selbst. Sie betonten, die SPD müsse zeigen, daß sie in der Lage sei, „solide Finanzpolitik“ zu machen. Wem sie das zeigen wollen, sagten sie nicht, und sprachen natürlich auch nicht von den sozialen Auswirkungen ihrer sogenannten Solidität.

Ob auf dem linken Parteiflügel irgendjemand etwas ge-

Am deutlichsten ist es bei Baden-Württemberg. Die Klage von Späth und Co. zielt auf die Sonderrechnung für die Stadtstaaten, denen höhere Kosten pro Einwohner (rund ein Drittel) zugestanden werden. Das will er weg haben, wobei inhaltlich darauf gezielt wird, Bremen die Förderung zu nehmen (und auch NRW abzublockieren), um die Unterstützung von Werften, Stahl und Kohle zu beenden und Späths Politik der sogenannten Zukunftstechnologien finanziell besser unterstützen zu können.

Für die sozialdemokratisch regierten Bundesländer geht es einmal gerade ums Gegenteil, diese Industrien zu fördern, und zum anderen natürlich grundsätzlich darum, durch eine solche Umverteilung zu verhindern, daß ihr Weg zu Armhäusern der Republik nicht noch beschleunigt wird.

Heute deutet sich diese Auseinandersetzung erst an — sie wird im nächsten Jahr sicher ernstere Formen annehmen, zumal auch noch die entsprechenden Sparpläne Stoltenbergs in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, wenn einzelne Klagen Erfolg haben.

lernt hat, wird sich noch zeigen müssen. Zwar wurde von verschiedener Seite zu Recht kritisiert, die SPD vollziehe nun sozusagen die Wende nach. Wobei es hier gar nicht groß zum Thema gemacht werden soll, daß dies sehr beschönigend ist, denn schließlich gab es eine SPD-Sparpolitik auch schon vor der Bonner Wende. Aber dabei wurde auch noch betont, es hätten sich nicht die Bedingungen geändert, sondern einige Sozialdemokraten. Und das ist nun wirklich ein ungerechter Vorwurf an Dohnanyi und Co., die schon immer zu jenem Teil der Partei gehört haben, der bedingungslos dazu bereit ist, Politik im Dienste des großen Geldes zu machen. Das hat sich genauso wenig geändert wie offensichtlich die Illusion einiger Delegierter, die Änderung dieser Haltung wäre Gegenstand einer offenen Debatte und keine Machtfarbe. Sie haben erneut eine Abfuhr bekommen. Fragte sich nach Zeitungsberichten ein Delegierter am Rande zu Recht, wie oft noch, bis man Konsequenzen ziehe?

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kollegiaten aus NRW im Widerstand

Kultusministerium in Düsseldorf besetzt

Volkskorrespondenz aus Bielefeld

Am Donnerstag, den 23. Februar, besetzten ca. 300 Kollegiaten/innen der Kollegs (Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs ZBW) in NRW das Kultusministerium in Düsseldorf. Vorausgegangen war folgendes:

Seit dem 1.2.84 werden aufgrund der Oberstufenreform mehr Schüler an den Kollegs unterrichtet. Mehr Lehrer sind jedoch trotz Zusicherung vom Kultusminister Schmier nicht da. (SPD-Landesregierung!)

Obwohl wir, vor allem vom Westfalen-Kolleg Bielefeld das Kultusministerium, die Schulbehörden in Münster usw. schon im September 83 auf dieses Problem aufmerksam gemacht haben.

Mit Zusicherungen wurden wir hingehalten.

Die Folge waren z.T. katastrophale Unterrichtssituationen. Unterricht fällt aus, Klassen (Latein 45 Schüler in einer Klasse) mit Übergröße entstanden.

Am 21. Februar platzte uns endlich der Kragen:

Die VV beschließt Streik und Fahrt nach Düsseldorf. Die anderen Kollegs in NRW werden informiert, treten wie Siegen und Minden ebenfalls in den Streik. Einen Tag später sind Kollegiaten/innen aus ganz NRW im Kultusministerium.

Kumi Schmier traute sich gar nicht raus aus seinem Büro. Er mußte auch stattdessen ein Interview mit dem WDR machen, (sind ja bald Kommunalwahlen).

Nach vier Stunden Besetzung, Verhandlungen, Streikliefern, (am ZBW wird gestreikt) dann das Versprechen unsererseits:

Wir kommen wieder, wenn zum 1.3. auch nur ein Lehrer an einem Kolleg in NRW fehlt!

Und dann läuft das ganze auch noch etwas anders ab...

(Übrigens, man munkelt, daß Genossen der KJD/KPD nicht unerheblichen Einfluß auf die Aktionen gehabt hätten.) Mit kämpferischen Grüßen

In der von den Teilnehmern erarbeiteten Einschätzung dieses Streiks heißt es unter anderem:

Was haben die Aktionen gebracht?

Am Schluß kam der Frust durch, viele waren enttäuscht, daß der Schmier sich gar nicht blicken ließ, daß keine Zusage kam. Aber was wollten wir denn:

Wir wollten den Gang der Dinge beschleunigen. Denen zeigen, sowas könnt ihr mit uns nicht so einfach machen.

Dieses Ziel haben wir erreicht! Das hätten wir vom Streikkomitee in der Situation viel stärker herausstellen müssen. So kam doch Enttäuschung auf.

Aber war es im Grunde genommen nicht egal, ob der Kumi sich traut runterzukommen oder nicht?! Er hat uns ins Leere laufen lassen, sicher, dazu hat er ja auch (noch) die Macht.

Aber — wir sind sicher, daß wir den ganzen Prozeß be-

schleunigt haben. Ob das ausreicht, wird sich zeigen.

Die andere Seite:

Wir haben es geschafft, innerhalb eines Tages fast alle Kollegs in NRW zu erreichen. Sogar Wuppertaler, die schon eine Woche vorher im Kultusministerium waren, kamen noch mal mit.

Es war die größte Aktion des ZBW in NRW in den letzten 5 Jahren. Deshalb: Der Streik und die Besetzung waren notwendig, richtig und auch wirkungsvoll. Wie wirkungsvoll wird sich heute, am 1. März zeigen. Am Freitag wurde der Streik erstmal ausgesetzt mit dem Zusatz: Wir werden ihn wieder aufnehmen, wenn tatsächlich weiterhin Lehrer fehlen. (...)

Die Medien, Presse und WDR. Die Berichterstattung in der aktuellen Stunde war verzerrt, unvollständig und oberflächlich. Die Presse, allen voran die NW erweist sich als Haus und Hof-Berichterstatte des Kultusministeriums.

Eine rechte sozialdemokratische Krähe wie NW-chef Gerke hackt aber der anderen sozialdemokratischen Krähe kein Auge aus! Das Wort journalistische Sorgfalt und Informationspflicht kann man in Bezug auf den NW getrost mit durch Lumpenjournalismus ersetzen.

Den Vogel schießt allerdings Kumi Schmier persönlich ab.

Er nannte die Aktion überflüssig, alle Stellen würden besetzt, wie es die Relation Schüler/Lehrer vorschreibe, daher

sei zu Aufregungen kein Grund, außerdem sei das Ministerium ein „Haus der offenen Tür“ usw., blah, blah. (Aber erst, nachdem wir es dazu gemacht haben.)

Nicht nur, daß ihn unsere Probleme nicht interessieren, offensichtlich gibt es die überhaupt nicht. Nicht die Spur von Diskussionsbereitschaft oder gar Selbstkritik, zugegeben, daß da einiges schief gelaufen ist. Soll doch noch mal einer herkommen und was von Demokratie und Vertrauen in unsere SPD-Landesregierung usw. erzählen. Nicht nur, daß das Volk offensichtlich nichts zu sagen hat, das Volk hat noch nicht mal das Recht, angehört zu werden. Ihr da oben — wir hier unten, so stellte sich die ganze Aktion treffend dar. Den Beweis, daß die SPD-Regierung NRW auch nur einen Deut besser als die schwarz-gelbe in Bonn ist, muß erst noch erbracht werden.

Wir fanden unheimlich gut, wieviele der angeblich so desinteressierten Kollegiaten und Kollegiatinnen mitgemacht haben, wie von einem Tag auf den anderen die ganzen Sachen mit viel Engagement organisiert wurden, wieviel Kraft und Phantasie sichtbar wurde. Das alles werden wir wieder brauchen. Vielleicht schon heute oder morgen. Sicher aber für unsere Aktionen zum August-Bafög! Man kann ja zum Kurt Vogelsang SPD-MdB stehen, wie man will: Wir können und werden auf eigene Aktionen nicht verzichten, auch wenn die SPD eine Gesetzesänderung in Sachen Bafög anstrebt. Das war wohl der Schluß aller Anwesenden bei der Diskussion mit Vogelsang. Und dieser Streik und die Besetzung war nur ein kleiner Vorgeschmack auf die kommenden Bafög-Aktionen!

Euer Streikkomitee
i. A. J.

Tagung des ZK der KPD am 3./4. März 1984 Kommuniqué

Der V. Parteitag hat in der Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“ das Zentralkomitee beauftragt, eine gezielte Untersuchungsarbeit und Diskussion in der Partei über die revisionistischen Länder einzuleiten, Schlußfolgerungen für die sozialistische Propaganda zu ziehen, diese Diskussion zu verbinden mit der Diskussion eines neuen Parteiprogramms, das auf dem außerordentlichen Parteitag der KPD 1985 beraten werden soll.

Das ZK hat über diese Aufgabenstellung des Parteitags beraten und erste Beschlüsse dazu gefaßt: 1. Um das theoretische Wissen der Partei über Fragen des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats zu erhöhen, sollen in den nächsten Ausgaben der „Kommunistischen Hefte“ Artikel erscheinen, die sich mit den Auffassungen von Marx und Engels über den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats befassen und mit dem Eingreifen Lenins in die Diskussionen, die die Bolschewiki in den ersten Jahren der Sowjetmacht geführt haben. 2. Zur Vertiefung der Analyse über die revisionistischen Länder wird eine Untersuchung über die Produktionsweise in der DDR durchgeführt. Bei dieser Entscheidung ging das ZK davon aus, daß für die Programmatik der Partei die Stellung zu den revisionistischen Ländern, wie sie heute existieren, (und nicht wie sie sich in der Vergangenheit entwickelt haben) vorrangig ist. Es geht ja in erster Linie um den Nachweis, daß der sogenannte real existierende Sozialismus eben kein Sozialismus ist. Um diesen Nachweis zu führen, hält das ZK die konkrete Beweisführung darüber, daß in der DDR und in den anderen revisionistischen Staaten keine sozialistischen Produktionsverhältnisse existieren, für vorrangig.

Das ZK hat weiterhin darüber beraten, unter welchen Fragestellungen die Parteidiskussion über das neue Parteiprogramm eingeleitet werden soll. Dazu und zur Sozialismus-Debatte werden in der nächsten Ausgabe des parteiinternen Organs „Der Kommunist“ erste Stellungnahmen des ZK veröffentlicht. Weiterhin hat das ZK beschlossen, zu diesen Problemkreisen im Frühsommer und im Winter dieses Jahres Mitgliederversammlungen und Wochenendseminare durchzuführen.

Das ZK hat sich ausführlich mit der Diskussion befaßt, die gegenwärtig in der Partei über die aktuelle Lage in den Gewerkschaften und über die Erfordernisse, die die Krise und die Bonner Wendepolitik an die Gewerkschaftspolitik der Partei stellen, geführt wird. Zu dieser Diskussion werden ebenfalls in der nächsten Ausgabe des parteiinternen Organs „Der Kommunist“ Materialien veröffentlicht.

Der V. Parteitag hatte das ZK beauftragt, sich mit zwei Resolutionsentwürfen, die vom Parteitag aus Zeitmangel nicht behandelt werden konnten, zu befassen. Das ZK hat sowohl den Resolutionsentwurf zur Massenarbeitslosigkeit als auch den Resolutionsentwurf zur Jugendarbeit der Partei beraten und verabschiedet. Außerdem hat das ZK dem Auftrag des V. Parteitags entsprechend ein Diskussionspapier zur Haltung der Partei zur SPD diskutiert und seine Veröffentlichung im „Kommunist“ beschlossen. Die Diskussion und Verabschiedung eines Diskussionspapiers über die Haltung der Partei zu den Parlamentswahlen wird auf dem nächsten Plenum des ZK erfolgen.

Das ZK hat weiterhin über das Eingreifen der Partei in die EG-Wahlen am 17. Juni 1984 beraten und entschieden. Da die Partei sich dafür entschieden hat, ihre Kräfte auf das Eingreifen in den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und in die Betriebsratswahl zu konzentrieren, wird die Partei nicht zu den EG-Wahlen kandidieren. Eine solche Kandidatur unter der Hauptlosung „BRD raus aus der EG“ war bereits im letzten Jahr vom ZK erwogen und aus den erwähnten Gründen verworfen worden. Die Partei wird deshalb nicht zum Wahlboykott aufrufen (s. Stellungnahme dazu im RM Nr. 6/84), aber auch keine Wahlempfehlung für eine der zu den EG-Wahlen kandidierenden Partei oder Listen aussprechen. Zur Begründung dieser Haltung in Bezug auf die „Friedensliste“, die sich anläßlich der diesjährigen EG-Wahlen neu formiert hat, wird demnächst im Roten Morgen ausführlicher Stellung genommen.

Schließlich hat das ZK auch über das Eingreifen der Partei in die Aktivitäten zum diesjährigen 1. Mai beraten. Es stand für alle ZK-Mitglieder außer Frage, daß im Mittelpunkt dieser Aktivitäten das Engagement der Genossinnen und Genossen der Partei für einen konsequenten Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich stehen muß. Dem wird auch im Mai-Aufruf der Partei, im 1.-Mai-Plakat und im Flugblatt, das am 1. Mai verteilt wird, Rechnung getragen.

„Dokumente des V. Parteitags der KPD“

Sonderausgabe des „Kommunistischen Hefte“, Theoretisches Organ der KPD.

Neben verschiedensten Dokumenten des Parteitags enthält diese Sonderausgabe der „KH“ vor allem den Politischen Bericht an den V. Parteitag der KPD, gehalten vom Genossen Ernst Aust.

Die Sonderausgabe umfaßt 120 Seiten und ist zum Preis von 6 DM zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Aufruf zum großen Frauenprotest anläßlich Muttertag am 12. Mai 1984

Anläßlich des diesjährigen Muttertages soll in Bonn ein großer Frauenprotest stattfinden — darauf einigten sich Vertreterinnen verschiedener Gruppen und Organisationen Anfang Februar. Protestiert werden soll gegen die Regierungspolitik, für Frauen,

die Regierenden in Bonn reden von gesellschaftlicher Anerkennung und Gleichberechtigung der Frauen. Aber wenn sie handeln, entscheiden sie gegen uns:

- die 35-Stunden-Woche, die unser persönliches Leben entlasten und Arbeitsplätze schaffen kann, lehnen sie ab,
- Teilzeitarbeit, Job-Sharing und Heimarbeit am Bildschirm — vielfach ohne soziale und arbeitsrechtliche Absicherung — lassen sie zu typischen Frauenarbeitsplätzen werden,
- sie fördern Technologien, die vor allem unsere Arbeitsplätze vernichten,
- sie sehen tatenlos zu, wie die überproportional hohe Frauenarbeitslosigkeit weiter steigt.
- sie billigen stillschweigend die Lohndiskriminierung,
- sie planen, unseren Arbeitsschutz einzuschränken,
- Zeiten der Kindererziehung wollen sie auch in Zukunft nicht auf die Rente anrechnen,
- die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Neuregelung der Hinterbliebenen-Rente wollen sie auf Kosten vor allem der berufstätigen Frauen durchführen, die eigenständige soziale Sicherung der Frau läßt weiter auf sich warten,
- Mutterschaftsurlaubsgeld, haben sie gekürzt, Mutterschaftsurlaub rechnen sie nicht mehr als Beitragszeit für die Rente an,
- besonders Alleinerziehende und Rentnerinnen verweisen sie mit ihrer Politik auf Sozialhilfe,
- sie streichen Zuschüsse für Kindereinrichtungen, Beratungsstellen und soziale Dienste,
- die Situation der Frauenhäuser ist katastrophal, die Bonner Regierenden lehnen es ab, ihre Finanzierung gesetzlich zu sichern,
- Ausbildung und Weiterbildung erschweren sie durch die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und die Bafög-Kürzungen,
- in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht zuletzt in der Politik, verweisen sie Frauen allermeist noch immer auf die unteren und dienenden Funktionen,
- den § 218 wollen sie aushöhlen, es geht gegen die soziale Indikation,
- dagegen erhöhen sie den Rüstungsetat, wollen sie Frauen — zunächst freiwillig — in die Bundeswehr einziehen, erhöhen sie mit der Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles die Gefahr für

die berechtigten Forderungen der Frauen. Wir drucken im folgenden den Aufruf für diesen Frauenprotest ab. Nähere Informationen über: Aktion Muttertag, Postfach 120121, 5300 Bonn.

den Frieden, gefährden sie mit der Umweltzerstörung unsere Lebensgrundlagen.

Diese Politik ist frauenfeindlich! Sie übt moralischen Druck auf noch erwerbstätige Frauen aus und diffamiert diese als „Doppelverdienerinnen“. Sie erneuert die Mütterlichkeitsideologie und zementiert die traditionelle Rollenverteilung. Sie verweigert Frauen die volle Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Verdrängungswettbewerb, patriarchalische Verhaltensweisen und alltägliche Gewalt nehmen zu. Das Recht der Frau auf Selbstbestimmung bleibt auf der Strecke.

Das trifft uns alle: die Arbeiterin, Angestellte, Beamtin, Schülerin, Studentin, Künstlerin, Wissenschaftlerin, die Hausfrau, die Mutter, die Rentnerin.

Wehren wir uns gemeinsam und lassen wir uns nicht aufspalten! Wir haben in den vergangenen Jahren gelernt, unsere Ansprüche zu formulieren. Es gilt, jetzt das Erreichte zu verteidigen, wir wollen auf nichts verzichten!

Frauenwürde ist Menschenwürde — Frauenrecht ist Menschenrecht — ein Frauenleben ist ein Menschenleben!

Solange Frauen nicht gleichberechtigt arbeiten und leben können, gibt es keine menschenwürdige Gesellschaft. Wir verlangen das Recht auf Bildung, Arbeit und eigenständiges Einkommen.

Wir fordern:

- bessere Arbeitschancen durch Schaffung neuer Arbeitsplätze
- tägliche Arbeitszeitverkürzung bei einer 35-Stunden-Woche und vollem Lohnausgleich
- bezahlten Elternurlaub und ausreichende gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder und zur Entlastung von Hausarbeit
- eine eigenständige soziale Sicherung
- Erhalt der sozialen Indikation bei § 218
- keine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr
- die Kürzung des Rüstungsetats zugunsten des Sozialtats
- Wir wollen in Frieden leben: Stopp und Zurücknahme der Stationierung neuer Atomraketen und Abrüstung in Ost und West.

Seien wir mutig, selbstbewußt, stolz und entschieden! Zeigen wir der Bundesregierung ihre Grenzen! Wenn wir uns widersetzen, wird die konservative „Wende“ scheitern.

Wir rufen auf zum großen Frauenprotest in Bonn anläßlich Muttertag 1984, Samstag, den 12. Mai 1984

Bonn, 8. Februar 1984

Tarifrunde Druck

Unternehmer wollen Tarifvertrag aushebeln

Am 15. Februar war in Stuttgart die zweite Verhandlung zum Manteltarif für die Druckindustrie. Die IG Druck und Papier fordert die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Über diese Forderung ließen die Druckunternehmer keinerlei Verhandlungsbereitschaft erkennen. So weit nichts Neues. Die Druckkapitalisten legten dann Vorschläge auf den Tisch, um den Manteltarifvertrag zu „entrümpeln“. Und diese unternehmerische Entrümpelungsaktion hat es in sich.

Die Vorschläge des Bundesverbandes Druck sollen angeblich helfen, „beschäftigungsfördernde Bedingungen“ zu schaffen. In Wirklichkeit geht es darum, wesentliche Teile des bestehenden Manteltarifs einfach außer Kraft zu setzen, damit der freie Unternehmerwille sich in den Betrieben völlig ungehindert ausleben kann.

1. Die Unternehmer verlangen folgende Öffnungsklausel (zu § 2 Ziffer 5): „Liegen im Einzelfall besondere betriebliche Verhältnisse vor, die bei der Einhaltung der tariflichen Bestimmungen den Bestand des Betriebes und seiner Arbeitsplätze gefährden, können auf Antrag des Arbeitgebers unter Einschaltung der beiderseitigen

Kolleginnen und Kollegen zu fahren usw.“

2. Die Unternehmer fordern: „Aus persönlichen oder betrieblichen Gründen kann die tägliche, wöchentliche oder monatliche Arbeitszeit einzelvertraglich oder durch betriebliche Vereinbarung abgeändert werden.“ Und: „Um Arbeitsplätze zu bewahren, ist es zulässig, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen und mit diesen eine von der betriebs- oder abteilungsüblichen Arbeitszeit abweichende kürzere Arbeitszeit zu vereinbaren.“

Die tarifvertragliche, also kollektive Regelung der Arbeitszeit soll beseitigt werden. Der einzelne Kollege soll wieder zum Chef zitiert werden können, um

samt kann so erheblich gedrückt werden.

3. Mit am brisantesten ist sicher die nächste Forderung der Druckkapitalisten: „Befristete Arbeitsverträge zur Aushilfe können bis zur Dauer von einem Jahr vereinbart und bis zu insgesamt zwei Jahren verlängert werden.“

Für befristete Arbeitsverträge gelten die Kündigungs-schutzbestimmungen im wesentlichen nicht. Die Unternehmer wollen durchsetzen, daß sie ohne tarifvertragliche Beschränkungen heuern und feuern können. Erst dann wird es ihnen möglich, die bestehende Massenarbeitslosigkeit zur Lohndrückerei, Verschärfung der Arbeitsetze, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in vollem Ausmaß auszunutzen.

Nur am Rande sei noch erwähnt, daß die Druckkapitalisten durch Änderungen am Manteltarifvertrag auch weiteren Lohnabbau durchsetzen wollen. Lohnbestandteile wie das Urlaubsgeld, die Antrittsgeld usw. sollen nicht mehr in Prozenten vom Tariflohn ausgedrückt, sondern als absolute Summe festgeschrieben werden. Das würde bedeuten, daß diese Lohnbestandteile nicht mehr mit einer Lohnerhöhung automatisch miterhöht würden.

Die Forderungen des Bundesverbandes Druck zum Manteltarifvertrag sind eine Herausforderung für die Gewerkschaften insgesamt. Sie machen deutlich, was die Kapitalisten insgesamt wollen, wenn sie mit Strategien wie der „Flexibilisierung“ nicht nur der gewerkschaftlichen Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich begegnen, sondern darüber hinaus die Axt an das bestehende Tarifvertragssystem legen. Dieser tarifpolitischen Wende kann von Seiten der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften nur begegnet werden, wenn sie sich nicht nur auf die defensive Abwehr dieser Forderungen beschränken, sondern offensiv den Durchsetzungskampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich suchen.



Organisationsvertreter durch Betriebsvereinbarung von diesem Tarifvertrag abweichende Regelungen getroffen werden.“

Mit dieser Öffnungsklausel erhält der einzelne Unternehmer also die Möglichkeit, mit der Behauptung, es sei für den Erhalt des Betriebes unumgänglich, den Urlaub zu verkürzen, das Weihnachtsgeld zu kappen, die Maschinen mit weniger

sich seine Arbeitszeit diktieren zu lassen, ohne daß er sich auf die tarifvertraglich geregelte Normalarbeitszeit berufen kann. Schließlich: Vollzeit-arbeitsplätze sollen nur in dem Maß bestehen, in dem die Kapazität ständig mindestens ausgelastet ist. Jeder weitere Arbeitsanfall soll durch „flexible“ Teilzeitkräfte bewältigt werden. Die Belegschaftsgröße insge-

Warnstreiks, Urabstimmung, Streik!

Fortsetzung von Seite 1

schen Angriffe auf das Streikrecht staatlicherseits gefördert werden.

Um so mehr gilt es jetzt, aus den Betrieben durch massive und zahlreiche Warnstreiks Druck zu machen. Druck ist notwendig, um den vereinigten Widerstand von Unternehmern und Regierung, allen Kräften der politischen Reaktion zu brechen.

Druck ist notwendig, um schwankende Stimmungen in den Belegschaften zu überwinden. Jeder Zweifel daran, daß die IG Metall es mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ernst meint, muß ausgeräumt werden. Dazu sind Warnstreik und Protestaktionen, die die Kampfbereitschaft der Metaller zum Ausdruck bringen und geeignet sind, Schwankende mitzureißen und mit Vertrauen in die Durchsetzungskraft der Metallerbeiterschaft und ihrer Gewerkschaft zu erfüllen, am besten geeignet.

Dieser Druck aus den Betrieben ist leider auch deshalb notwendig, um durch unzweideutige Demonstrationen des Kampfwillens der Basis die Führung der IG Metall daran zu hindern, einen frühen „Kompromiß“ mit den Unternehmern zu suchen, der in Wirklichkeit ei-

nen völligen Verrat an der Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um fünf Stunden bei vollem Lohnausgleich bedeuten würde, wie wir es 1978/79 im Kampf der Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche erleben mußten.

Es ist vor allem Franz Steinkühler, der sich mit solchen Angeboten an die Unternehmer hervortut. Im „Spiegel“ dieser Woche erklärte er zwar in einem Interview, die 40-Stunden-Woche müsse auf jeden Fall weg, auch ein Reallohnverlust käme nicht in Frage. Aber auf die Frage des „Spiegel“, „Flexiblere Arbeitszeiten sind kein Tabu?“, antwortete F. Steinkühler: „Nein, durchaus nicht, es gibt ja schon flexible Arbeitszeiten: Überstunden, Kurzarbeit, gleitende Arbeitszeiten, auch Samstagarbeit — das alles waren und sind keine Tabus. Über all diese Dinge kann auch geredet werden, aber zunächst muß das Tabu der 40-Stunden-Woche fallen!“

„Samstag gehört Vati uns!“ — vor allem mit dieser sehr populär gewordenen Losung haben die DGB-Gewerkschaften den Kampf für die 40-Stunden-Woche und die Fünf-Tage-Woche geführt. Der freie Samstag, die Fünf-Tage-Woche, ist eine wichtige Errungenschaft der Arbeiterklasse Westdeutschlands. Schlimm genug, daß es

viele Betriebe und ganze Branchen wie die Stahlindustrie gibt, in denen sie infolge von Contingent- und anderen Sondervereinbarungen noch nicht verwirklicht ist. Daß Steinkühler diese Errungenschaft der westdeutschen Gewerkschaften wieder zur Disposition stellt, um einen Kompromiß mit den Unternehmern herbeizuführen, um — das ist sein eigentliches Ziel — einen Massenstreik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu vermeiden, ist ein gewerkschaftspolitischer Skandal ersten Ranges. Ist das die Feuer-taufe, die Steinkühler bestehen muß, damit er wirklich IGM-Vorsitzender werden darf?

Steinkühlers Andeutungen eröffnen den Weg in eine schwerwiegende Niederlage der Gewerkschaften mit unabsehbaren Konsequenzen. Steinkühler muß gestoppt werden. Machen wir in der Debatte in Betrieben und Gewerkschaften deutlich: Wir lehnen Steinkühlers Kompromißangebote an die Unternehmer ab. 35-Stunden-Woche — das heißt, daß der Regelarbeitstag sieben Stunden beträgt, daß die wöchentliche Regelarbeitszeit 35 Stunden beträgt. Es gibt nur einen Weg, diese Forderungen durchzusetzen: Warnstreiks massiv und zahlreich, Urabstimmung, Durchsetzungstreik!

Bremen

Der Sturz des Arno Weinkauf

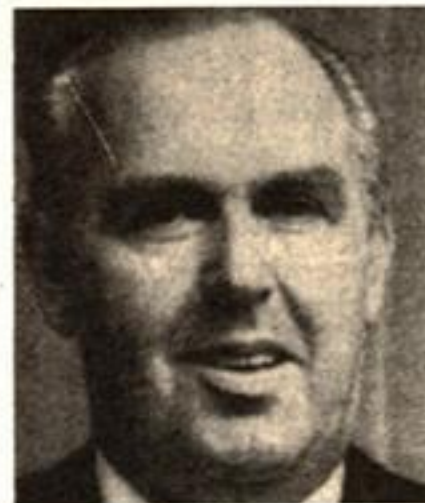
Volkskorrespondenz

Am 25. Februar wurde der erste Bevollmächtigte der Bremer IG Metall, Arno Weinkauf, nach 16jähriger Amtszeit gestürzt. Mit 86 zu 81 Stimmen entschied sich die Vertreterversammlung gegen ihn und für Hans Ziegenfuß, den Betriebsratsvorsitzenden der AG-Weser-Werft, die zum 1. Januar dieses Jahres geschlossen worden ist.

Arno Weinkauf war entschlossen, im Amt zu bleiben, doch er ging schon angeschlagen in die Versammlung. Denn den obersten Funktionär der Bremer IG Metall drückt zugleich die Bürde eines Abgeordneten der SPD in der Bremer Bürgerschaft. In drei wichtigen Fällen hatte Weinkauf in den letzten Jahren Gewerkschaftsbeschlüsse gebrochen und sich in der Bürgerschaft an die Fraktionsdisziplin der SPD gehalten:

Die Vertreterversammlung der IG Metall hatte politische Initiativen zum Verbot der Aussperrung durch Landesgesetz

Es folgt eine humoristische Wendung wenige Tage darauf. Der Ortsverein Bremen Ost der SPD, zu dem auch Weinkauf gehört, gibt eine Stadtteilzeitung heraus, in der die SPD-Forderung nach Tempolimit 120 auf den Bremer Autobahnen erläutert wird. Weinkauf, inzwischen in mittelschwerer Panik, weigert sich, die in seiner Wohnung lagernden Zeitungen zum Verteilen herauszugeben, weil er einen Konflikt mit den Metallern des Daimler-Benz-Werkes fürchtet, die schnelle Autos bauen und um die Marktchancen von Daimler besorgt



Gestürzt: Arno Weinkauf

beschlossen, sowie etwas später zum Verbot von Asbest. Weinkauf stimmte bei der Gewerkschaft für — im Parlament mit seiner Partei gegen diese Initiativen. Vor wenigen Wochen brachten die Grünen in der Bürgerschaft einen Gesetzesentwurf ein, der vom DGB und der Arbeiterkammer ausgearbeitet worden war und eine Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen vorsah, die keine oder zu wenige Jugendliche ausbilden. Die SPD und mit ihr der Abgeordnete Weinkauf brachten die Initiative durch Stimmhaltung zu Fall.

Damit ist eine kritische Grenze erreicht. Sofort kommen Proteste aus der Gewerkschaft und in solchen Fällen sonst sehr zurückhaltende Bremer Presse steigt groß ein.



Gewählt: Hans Ziegenfuß

sein könnten. Die Lage entspannt sich erst, als Gewerkschafter von Daimler ihrem ersten Bevollmächtigten versichern, daß ihnen das Tempolimit völlig Schnurz sei.

Auf der letzten Vertreterversammlung der IG Metall breitet der Betriebsratsvorsitzende der Vulkanwerft, Fritz Bettelhäuser, die Schandaten Arno Weinkaufs aus. Auch weitere Kritik an der Ortsverwaltung wird laut, besonders an ihrer Untätigkeit bei der AG-Weser-Schließung. Einen entscheidenden Beitrag zum Sturz Arno Weinkaufs aber leistet der Hamburger Bezirksleiter Otto vom Steeg. Wie so oft hat er die gesamte Debatte schweigend und Apfelsinen kauend an sich vorbeiziehen lassen. Als Hans Ziegenfuß vorgeschlagen wird,

sagt vom Steeg, er müsse der Versammlung mitteilen, daß Ziegenfuß seine Einkünfte als AG-Weser-Aufsichtsrat nicht an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt habe, wie es die Beschlüsse des DGB erfordern. Auf die Frage, warum er das erst jetzt und nicht früher bekanntgegeben habe, meint vom Steeg, er habe Ziegenfuß während der Auseinandersetzung auf der AG Weser nicht vor den Kollegen bloßstellen wollen. Das ist ein Selbsttor, denn Ziegenfuß hat schon längst auf Belegschaftsversammlungen erklärt, daß er einen Teil dieser Einkünfte für Solidarspenden verwende und nicht an die DGB-Stiftung abführe. Das können die anwesenden AG-Weser-Leute bestätigen.

Nach der Wahl bittet vom Steeg den neuen Ortsbevollmächtigten hinaus und macht ihm klar, daß er nie vom IGM-Vorstand bestätigt werde und daß es einen Kampf bis aufs Messer geben werde.

Tatsächlich behält sich der Vorstand nach der Satzung das Recht vor, den Gewählten zu bestätigen oder nicht. Davon unabhängig ist der Sturz Arno Weinkaufs, eines extrem sozialpartnerschaftlichen und unternehmerfreundlichen Bonzen ein Erfolg für die Bremer IG Metall und besonders für die kritischen und oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder, denen er schon lange auf der Seele lag.

In mehreren Bremer Betrieben zeichnen sich deutliche Erfolge bei den kommenden Betriebsratswahlen ab. Der „Rote Morgen“ wird darüber berichten. Der linke Flügel der IGM ist aber nicht nur in einzelnen Betrieben stark, sondern hat auch den Dreh zu überbetrieblicher Zusammenarbeit gefunden, unter anderem mit Hilfe des „Betrieblich-Alternativen Bündnisses“. Details hierzu gehören in keine Zeitung. Nur soviel: Organisierte Tätigkeit war nötig, damit die Wut eines großen Teils der 40000 Bremer Metaller endlich zum Sturz Arno Weinkaufs mit Hilfe von 86 Stimmen führte.

IGM-Veranstaltungsreihe in Dortmund

Alle hinterm Ofen?

Eine Serie von drei Veranstaltungen rund um die 35-Stunden-Woche machte die IGM in der letzten und vorletzten Woche in Dortmund: Brackel, Mengede und Hörde waren die drei Stationen. Von der ersten, der Brackeler Versammlung, soll dieser kurze Bericht handeln.

Am Anfang lange Gesichter: ganze 28 Leute waren da (ohne das Podium). Fast allesamt Funktionäre — eine Reihe Betriebsräte von Hoesch (Westfalenhütte vor allem, auch Phoenix) und sonst Funktionäre von ÖTV, HBV, IG Drupa. Zwei bis drei von der DKP, ansonsten ein SPD-Parteitreffen (außer mir, versteht sich). Da wurde natürlich die Klage über die Kollegen laut gesungen, die eben nicht wollten. Nichts wurde dazu gesagt, daß in den Betrieben des Dortmunder Ostens noch nicht einmal Werbung gemacht wurde, sondern nur im Veranstaltungskalender der Zeitung, sonst auch nicht öffentlich. Auch über die Ergebnisse der jüngsten Stadtteilversammlungen der IGM-Gruppen, auf denen klar geworden war, daß es nicht zum Streik im Stahlbereich kommen soll, wurde kein Wort verloren — noch viel weniger darüber, daß es auf Stadtteilver-

sammlungen der IGM erst seit dem Abbruch des 78er Streiks leer geworden ist. Das alles nur, um das übliche Gejammer richtigzustellen, nicht um über Schwierigkeiten der Mobilisierung (die ihre Geschichte haben) hinwegzureden.

Die Veranstaltung, die von der Kooperationsstelle Hochschule der Ruhruniversität und der IGM organisiert wurde, wurde eigentlich nur an zwei Punkten lebendig: Als ein Kollege die Frage aufwarf, welche Rolle denn eigentlich die Bank für Gemeinwirtschaft beim Arbeitsplatzabbau spiele — er bezog sich speziell auf Mönninghoff in Hattingen. Da ruderte vor allem Gert Kappelhoff von der IGM auf dem Podium mächtig mit den Armen und mühte sich, das Thema abzubiegen, was ihm nicht ganz gelang, da verschiedene Anwesende sich mit der Forderung, sich von dieser BfG zu trennen, lautstark als überlegenwert bezeichneten.

Der andere Punkt, an dem es spannend wurde, war, als der Referent Johannsen im Schlußwort seines an sich sehr informativen Redebeitrags meinte, später einmal würden die Unternehmer der Gewerkschaft sehr dankbar sein, für die Durchsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung. In der Tat gab es dazu eine Reihe anderer Meinungen, die betonten, dies sei eine Machtfrage. Und nicht nur dieses eine Mal, sondern es sei überhaupt eine Machtfrage, was auf uns zukommt. Dagegen wurden zweierlei Argumente gesetzt: Das eine, von der IGM-Ortsverwaltung hieß, es gehe ja nur um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche ...

Das andere waren lange theoretische Ausführungen über die Machtfrage an sich, möglichst in ferner Zukunft gestellt, woran deutlich auffiel, daß es um so weniger kämpferisch wurde, je näher der Zeitpunkt rückte. Zur Frage der Durchsetzung dieser Forderung wurde, trotz Nachfrage eigentlich gar nichts gesagt. So bleicht diese kleine Vorortveranstaltung in gewisser Weise ein Spiegelbild der gesamten IGM-Aktivitäten, das ging dann so nach dem Motto, die Kollegen sitzen eh alle hinterm Ofen — setzen wir uns dazu.

Hannover

Belegschaft besetzt Hanomag

Auf der Hanomag arbeiten zur Zeit noch rund 500 Kolleginnen und Kollegen, nachdem bereits zum 1. Februar über 2000 Beschäftigte entlassen worden waren. Jetzt sollten weitere Angriffe folgen. Auf einer Belegschaftsversammlung am 29. Februar verkündete der von den Banken eingesetzte Vergleichsverwalter:

- Kürzung der Bruttolöhne um 15 auf 85 Prozent der bisherigen Höhe bis Ende März. Anschließend möglicherweise weitere Kürzung der Löhne oder Schließung des gesamten Betriebes

- Entlassung von noch einmal 200 Beschäftigten.

Die Restbelegschaft war nicht bereit, diese neuen Angriffe hinzunehmen und antwortete mit der Besetzung des Betriebes.

Für die Hanomag war bereits am 4. November 1983 das Vergleichsverfahren eingeleitet worden, nachdem die Internationale Baumaschinenholding (IBH) des Spekulanten Horst Esch, zu der auch Hanomag gehörte, zusammengebrochen war. Die IBH war zu diesem Zeitpunkt der drittgrößte Baumaschinenhersteller in der westlichen Welt. Die Aktienmehrheit lag bei internationalen Konzernen wie z.B. General Motors und Banken — darunter die SMH — Bank der Familien Schröder, Münchmeyer und von Galen/Hengst. Als die SMH eine weitere Kapitalerhöhung der IBH nicht mehr mittragen konnte, selbst an den

Am 29. Februar hat die Belegschaft der Baumaschinenfabrik Hanomag in Hannover den Betrieb besetzt. Die Tore und Anschlußgleise der Eisenbahn sind mit Baumaschinen blockiert und werden von den Kollegen rund um die Uhr bewacht. Sie wollen damit die Auslieferung fertiger Maschinen vom Gelände der Hanomag verhindern. Mit der unbefristeten Betriebsbesetzung (sie dauerte bei Redaktionsschluß noch an) kämpft die Belegschaft gegen die Schließung der Hanomag — für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Rand des Zusammenbruchs geriet und nur durch eine konzentrierte Aktion der anderen Banken gerettet werden konnte, war der Anfang vom Ende der IBH gekommen.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten allerdings die niedersächsische Landesregierung und die Stadt Hannover durch Kredite, Bürgschaften und andere Hilfen fast 200 Millionen Mark an die IBH gezahlt. Kein Wunder, wenn man weiß, daß die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, nicht nur eine Schwester des Bankiers Münchmeyer ist, sondern auch selbst an der SMH-Bank beteiligt war.

Unmittelbar nach der Einleitung des Vergleichsverfahrens bei der Hanomag forderte die Belegschaft die Verstaatlichung des Betriebes — in Form einer nationalen Auffanggesellschaft durch den Bund, das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover — um die rund 2500 Arbeitsplätze zu retten. Für diese Forderungen wurden mehrere Warnstreiks organisiert und Protestdemonstrationen abgehalten, an denen sich auch viele Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Betriebe Hannovers

beteiligten. Auch eine Betriebsbesetzung war im Gespräch. Die Situation spitzte sich zu, als klar wurde, daß weder die Bundesregierung noch die niedersächsische Landesregierung, die vorher so bereitwillig die Millionen für Esch locker gemacht hatte, bereit waren, die von der Belegschaft und der IG Metall geforderte Auffanggesellschaft zu gründen. Stattdessen boten Ernst Albrecht und seine Wirtschaftsministerin die Hanomag verschiedenen Unternehmern für ein Butterbrot und ein Ei zum Ausschlagen an. Zu den Interessenten gehören z.B. die Firma Orenstein und Koppel, eine Hoesch-Tochter, aber auch so obskure Unternehmer wie der Osnabrücker Gaßmann, gegen den Staatsanwalt, Polizei und Steuerfahndung ermittelt.

Zu einer Betriebsbesetzung, die von vielen Belegschaftsmitgliedern jetzt als einzig wirksames Mittel im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze angesehen wurde, kam es jedoch nicht. Die Kolleginnen und Kollegen vertrauten auf den Ortsbevollmächtigten der IG Metall in Hannover, der



„Hier kommt nichts mehr raus“ — mit Baumaschinen blockieren die Hanomag-Kollegen die Zugänge zum Werk.

erklärte, daß noch nicht alle Möglichkeiten für eine politische Lösung ausgeschöpft seien. Die Entlassung von rund 2000 Belegschaftsmitgliedern zum 1. Februar konnte so ohne größeren Widerstand durchgesetzt werden. Es ist klar, daß eine Betriebsbesetzung zum damaligen Zeitpunkt die Erfolgsaussichten im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze auf der Hanomag erheblich verbessert hätte. Das ist auch die Meinung vieler Kollegen, die den Betrieb jetzt besetzt halten.

Mit der Besetzung bekräftigten die Kollegen jetzt die Forderung nach Gründung einer nationalen Auffanggesellschaft, nach dem Erhalt der Arbeitsplätze und der Wiedereinstellung der bereits Entlassenen.

Der letzten Forderung hat sich auch die Arbeitsloseninitiative Hanomag, die von entlassenen Kolleginnen und Kollegen gegründet worden ist, angeschlossen. Zahlreiche Mitglieder dieser Initiative beteiligen sich ebenfalls an der Besetzung. Inzwischen sind auch viele Solidaritätsadressen aus Betrieben, Verwaltungen, Gewerkschaften und von Initiativen eingegangen, darunter auch von der Landesleitung der KPD in

Niedersachsen. Am Sonntag hat vor dem Haupttor der Hanomag ein Fest der Solidarität stattgefunden.

Für die Belegschaften anderer Betriebe in Hannover kann die Betriebsbesetzung bei Hanomag richtungsweisend sein. Läßt sich doch jetzt schon absehen, daß die Zweigwerke von Telefunken und VAW ebenfalls dichtgemacht werden sollen.

Letzte Meldung

Die Hanomag-Belegschaft hat am Montag die Blockade des Werkes ausgesetzt und die Produktion wieder aufgenommen, nachdem die Landesregierung Niedersachsen sich bereit erklärt hatte, die vom Konkursverwalter auf 85 Prozent reduzierten Löhne aus Landesmitteln wieder auf 100 Prozent aufzustocken. 40 bereits gekündigte Arbeiter werden außerdem doch weiterbeschäftigt. Die Blockade soll solange unterbrochen werden, wie noch mit verschiedenen Interessenten Verhandlungen über den Kauf von Hanomag geführt werden.

Mannesmann-Demag-Sack/Düsseldorfer-Rath

„Keinen Tod in Scheiben“

„Rath will keinen Tod in Scheiben — MDS muß bleiben!“ So fordern es Transparente vor dem Haupteingang der Rath (bei Düsseldorf) Stahlfirma Mannesmann-Demag-Sack (MDS). Seit Wochen kämpft die Belegschaft mit Warnstreiks, einer Mahnwache vor dem Betrieb u.a. gegen die geplante Entlassung von 640

dem Vorstand eine Protestresolution übergeben, in der gefordert wurde:

- Keine Arbeitsplatzvernichtung in Rath;
- Bildung einer Expertenkommission, um vollständiges Licht in die Lage der Firma zu bringen (der Betriebsrat kritisiert, daß notwendige Unterlagen nur „stückweise“ zur Verfügung gestellt werden) und um ein

Nachdem die Geschäftsführung auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 16.2. zugesagt hatte, innerhalb von zwei Wochen klare Pläne auf den Tisch zu legen bzw. mit dem Betriebsrat über dessen 9-Punkte-Programm zur Erhaltung der Arbeitsplätze zu reden, tat sich selbstverständlich nichts. Eine zugesagte Sitzung wurde von der Geschäftsführung abgesagt und um zwei Wochen verschoben. Es war klar, daß jetzt gehandelt werden mußte.

Ein Gespräch mit der Geschäftsführung hatte ergeben, daß die bisher in diesem Jahr ausgeschiedenen Mitarbeiter (insgesamt zehn zum Teil durch Auflösungsverträge, Mitarbeiter ohne Kündigungsschutz usw.) nicht wie ursprünglich gesagt wurde, auf die Gesamtzahl der beabsichtigten Kündigungen angerechnet werden, also zusätzlich noch zwölf Entlassungen vorgenommen werden sollen. Weiterhin teilte die Geschäftsführung mit, daß sie an dem vom Betriebsrat eingeleiteten Einigungsstellenverfahren nicht teilnehmen werde. Die entsprechenden gerichtlichen Schritte wurden inzwischen vom BR eingeleitet. Eine einstweilige Verfügung, die bewirken soll, daß zunächst, bis zum Abschluß der Verhandlungen, keine Kündigungen vorgenommen werden, wurde ebenfalls beantragt.

Auf einer Belegschaftsversammlung der Betriebsgruppe HBV am 28.2. wurde klar, daß jetzt härtere Maßnahmen

Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung bei Dogmoch (III)

„Ich betrachte das als wilden Streik“

Über den Kampf der Belegschaft von Dogmoch gegen die Arbeitsplatzvernichtung haben wir schon mehrfach berichtet. Die Erfahrungen dieser Belegschaft und ihres konsequenten Betriebsrates sind sicher für viele Leserinnen und Leser des Roten Morgen interessant, die ebenfalls in kleineren und mittleren Betrieben arbeiten. Jetzt gibt es wieder Neues zu vermelden: einen vierstündigen Vorfall, den die Geschäftsführung als „wildes Streik“ betrachtete.

kommen müssen. Am 1.3. verteilten Kolleginnen und Kollegen ein Flugblatt, in dem die Geschäftsführung aufgefordert wird, mit dem Betriebsrat über dessen Vorschläge zu verhandeln und keine Entlassungen durchzuführen. Sie wird auch aufgefordert, endlich mal klar zu sagen, was eigentlich Sache ist. An diesem Tag mußte was passieren. Die Belegschaft zögerte auch nicht lange. Sie fing erst gar nicht an zu arbeiten. Hilfreich dabei war, daß das Heizöl alle war und die Hallen saukalt waren.

Die Kolleginnen und Kollegen des Lagerbereiches versammelten sich fast alle im Aufenthaltsraum. Als um 9.30 Uhr der Geschäftsführer Wiens kam, standen gleich einige Betriebsräte bei ihm auf der Matte. Sie forderten ihn auf, der Belegschaft Rede und Antwort zu stehen, die Mitarbeiter seien nicht mehr bereit, sich die Situation so gefallen zu lassen. Er lehnte ab. Er müsse zuerst mit einem der anderen Geschäftsführer sprechen.

Selbstverständlich stieg daraufhin die Stimmung der Belegschaft. „Dann müssen wir die Herren eben besuchen“. Kurz darauf schickte die Geschäftsführung den Lagerleiter vor. Der wollte dann wissen, ob das,

was wir tun, ein Streik sei. „Natürlich nicht, wir bestehen lediglich darauf, daß die Geschäftsführung ihrerseits den Arbeitsvertrag einhält und dafür sorgt, daß die Arbeitsplätze geheizt sind. Außerdem ist uns die Geschäftsführung noch einige Antworten schuldig. Wenn die sich nicht zu uns bemühen, werden wir es tun“. Nach kurzer Diskussion schwirrte er ab. Er kam nach einiger Zeit mit der Geschäftsführung wieder. „Wer innerhalb von zehn Minuten nicht an seinem Arbeitsplatz ist, hat mit Konsequenzen, mit personellen Maßnahmen zu rechnen. Ich betrachte dies als einen wilden Streik“.

Er wurde dann wieder aus den Wolken geholt, indem ihm der Betriebsratsvorsitzende erklärte, daß er erst einmal für ordentliche Arbeitsplätze sorgen soll. Er weigerte sich, zunächst mit der Belegschaft zu sprechen. Er wolle nur mit dem Betriebsrat reden, alle anderen sollten wieder an die Arbeit gehen. Die Belegschaft machte keine Anstalten, sich zu bewegen. Eine heiße Diskussion entwickelte sich jetzt. Die Geschäftsführung bekam zu hören, daß man sich auf ihr Wort nicht verlassen könne, sie solle endlich mal die Katze aus dem Sack lassen. „Wir lassen uns auf die Verträge nicht mehr

ein.“ Die Stimmung stieg mit jedem Versuch der Geschäftsführung, sich zu äußern. Der Geschäftsführer Wiens würgte seine Pfeife, die nun wirklich nichts dazu konnte, und geriet sichtlich außer Form und Fassung. Kaum eine Kollegin oder Kollege hielt sich zurück. Für die Geschäftsführung muß es ähnlich gewesen sein, als wenn man beim Läuten seinen Kopf in der Glocke hat. Zur Aufforderung, zumindest bis zum Ende der Verhandlungen seine Kündigungen zu beantragen, hatten sie nichts anderes zu sagen, als daß alle an die Arbeit gehen sollen. Keiner rührte sich vom Platz. Die Geschäftsführung verließ den Raum. Kurz darauf kam Wiens zurück und versicherte, daß bis zum Abschluß der Verhandlungen keine Kündigungen beantragt werden.

Das wollten wir natürlich schriftlich haben. Das erste Ziel war erreicht. Nach vier Stunden gingen die Kolleginnen und Kollegen an die Arbeit. Inzwischen war es auch wieder warm.

Eine beim Betriebsrat beantragte Kündigung wurde zurückgenommen. Sicher wurde noch kein großer Durchbruch erreicht. Trotzdem war dieser Kampf ein Erfolg. Die Belegschaft ist sich auf jeden Fall sicherer, daß man durch Kampf etwas erreichen kann. Die Stimmung ist sehr gut. Die Geschäftsführung hat gespürt, daß die Belegschaft steht, daß man mit ihr nicht alles machen kann. Die nächsten Aktionen werden sicher leichterfallen. Und die werden ganz bestimmt kommen. Für jeden ist klar, daß um jeden Arbeitsplatz gekämpft wird. Für jeden ist klar, daß das erst der Anfang war. Die Belegschaft ist enger zusammengeschlossen.



Kolleginnen und Kollegen. Würde diese angedrohte Entlassung von 350 Arbeitern und 290 Angestellten tatsächlich verwirklicht, wären damit nahezu die Hälfte der Arbeitsplätze bei MDS vernichtet.

Jetzt zogen 800 MDS-Kollegen und Rather Bürger in einer Protestdemonstration vor die Hauptverwaltung des Mannesmann-Konzerns am Düsseldorfer Rheinufer. Dort wurde

Konzept zum Erhalt aller Arbeitsplätze zu erarbeiten.

Deine Spende hilft Gas geben

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche kommt so langsam in die heiße Phase. Jetzt muß Tempo gemacht werden. Das gilt auch für die Partei. Daß die Auffassungen der Kommunisten in diesem Kampf Verbreitung finden ist wichtig — und es kostet Geld. Deshalb brauchen wir auch deine Spende unter dem Stichwort „35“ auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postcheckamt Dortmund, KPD, Wellingerhof Str. 103, 4600 Dortmund 30

Resolution zur Massenarbeitslosigkeit

Das Zentralkomitee der KPD hat auf seiner Tagung Anfang März 1984 unter anderem eine Resolution zur Massenarbeitslosigkeit beraten und verabschiedet. Diese Resolution hatte bereits dem V. Parteitag der KPD vorgelegen, konnte dort aber aus Zeitgründen nicht mehr verabschiedet werden.

Seit Antritt der Kohl/Genscher-Regierung, seit dem Wahlsieg der Bonner Reaktion im März 1983 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik und Westberlin um über eine halbe Million auf rund 2,5 Millionen gestiegen, die nicht registrierten Arbeitslosen, deren Zahl bei ca. 1,3 Millionen liegt, nicht mit eingerechnet. Mit einem Jahresdurchschnitt von 2,26 Millionen Arbeitslosen im Jahre 1983 hat sie mit 390.000 den bisherigen Höchststand nach dem Krieg — im Jahre 1950 — überschritten. Mit einem spürbaren Absinken der Arbeitslosenzahl ist in diesem Jahrzehnt nicht mehr zu rechnen.

Im Gegenteil: Der Weltmarkt hat für die imperialistischen Staaten seine Ausdehnungsfähigkeit verloren. Produktionseinschränkungen, Betriebsschließungen und Massenentlassungen sind die Folgen. Die stark exportabhängige Wirtschaft der Bundesrepublik sieht sich zunehmend durch die Errichtung von Handelsbarrieren anderer imperialistischer Staaten bedroht. Die beispiellose Ausplünderung der Entwicklungsländer durch die Industriestaaten, ihre hohe Verschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit beschwören die Gefahr eines Zusammenbruchs der geldgebenden Banken mit all ihren Folgen für die Volkswirtschaften der betroffenen imperialistischen Staaten, wie der Bundesrepublik herauf. All das läßt einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen erwarten.

„Schon heute dienen 82 Prozent der Investitionen der Rationalisierung“

Der stärkste, derzeit wirksamste Anstoß zum Wachsen der Arbeitslosigkeit aber geht aus von der technologischen Revolution, dem verstärkten Einsatz der Mikroelektronik, Mikrochips, Handhabungsautomaten und Robotern, der zu einer millionenfachen Vernichtung von Arbeitsplätzen bis zum Ende dieses Jahrhunderts führt. Schon heute — soweit sie ihr Kapital nicht im Ausland investieren, derzeit 586 Milliarden Mark — dienen die Investitionen der bundesdeutschen Unternehmen im Inland zu 82 Prozent der Rationalisierung, der Vernichtung von Arbeitsplätzen. So wird denn, selbst unter der Voraussetzung einer vorübergehenden leichten wirtschaftlichen Erholung, die Massenarbeitslosigkeit zu einem Problem von zunehmender politischer Bedeutung.

Die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse,

die Werktätigen, die Taktik der Bourgeoisie den Armen zu nehmen, den Reichen zu geben, trifft besonders die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger und Rentner. So wurden die Zuschüsse an die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit um 1,9 Milliarden Mark gekürzt; die Fördersatz für Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation von bisher 90 bzw. 75 auf 80 bzw. 70 Prozent herabgesetzt; das Arbeitslosengeld für Alleinstehende und Kinderlose von 68 auf 63 Prozent, für Arbeitslosenhilfeempfänger auf 56 Prozent vom Nettolohn gekürzt; die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu Lasten der Arbeitslosen rigoros eingeschränkt, so daß sie heute schon nicht mehr 68 bzw. 58 Prozent des Nettolohns betragen, sondern um 10 und mehr Prozent darunter liegen, sowie die Arbeitslosenhilfe neu geregelt, so daß die Arbeitsämter die Möglichkeit haben, sie unter den Sozialhilfessatz zu drücken.

1984 werden nur noch 46 Prozent der Arbeitslosen Arbeitslosengeld beziehen.

Betrug im September 1982 die Ausgrenzung der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung schon 28 Prozent, so werden für 1984 laut Haushaltsplan der Bundesanstalt in Nürnberg nicht einmal mehr die Hälfte, nämlich nur noch 46 Prozent aller arbeitslos Gemeldeten Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung haben. Damit nähern wir uns Verhältnissen wie 1932, als nur noch 30 Prozent aller Erwerbslosen die Hauptunterstützung (vergleichbar mit dem Arbeitslosengeld) bezogen. Die Absicht der Bundesregierung ist es — begleitet von den Angriffen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) auf das Tarif- und Arbeitsrecht und damit die Gewerkschaften schlechthin — durch Kürzung und Streichung der sozialen Leistungen das Heer der Arbeitslosen auf einen Stand zu bringen, der die Arbeitslosen veranlaßt, jede, auch untertariflich bezahlte Arbeit anzunehmen und damit zu Lohnrückern zu werden. Schon heute werden Sozialhilfeempfänger in zunehmendem Maße unter Androhung des Entzugs ihrer Unterstützung gezwungen, ohne Zahlung von Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung Arbeiten zu einem Stundenlohn von 1 bis 3 Mark anzunehmen.

Gleichzeitig versuchen die Bundesregierung und die ihr hörigen Medien in Presse, Funk, Fernsehen den Haß der Arbeitslosen auf die Arbeit Besitzenden, die noch in Arbeit Stehenden, „die nicht bereit sind, zugunsten der Arbeitslosen auf Lohnerhöhung, Kur, Urlaub, Sozialplan, Betriebsrente, Rationalisierungs- und Kündigungsschutz usw. zu verzichten“, zu schüren, baut sie ihnen Sündenböcke auf wie die Ausländer, die den Deutschen, die „Doppelverdiener“, die

Frauen, die den Männern, die Jugendlichen, die den Älteren, die Älteren, die den Jugendlichen die Arbeit wegnehmen. Schon spricht man in CDU/CSU-Kreisen von der Einführung eines Arbeitsdienstes für Jugendliche unter 25 Jahren mit geringfügigster Bezahlung, von der Kündigung eines Ehepartners bei „Doppelverdienern“ im öffentlichen Dienst.

„In den Betrieben wächst die Angst“

Während mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit bei einem Teil der Betroffenen die



Bereitschaft wächst, auch untertariflich bezahlte Arbeit anzunehmen, wächst angesichts des Millionenheers der Arbeitslosen in den Betrieben die Angst, die Sorge schon bald dazugehören. Diese Sorge um den eigenen Arbeitsplatz führt in den Betrieben zu einem verstärkten Konkurrenzverhalten der Kollegen untereinander, verstärkt die Ausländerfeindlichkeit. Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz läßt die Kollegen trotz Krankheit am Arbeitsplatz erscheinen, läßt sie in steigendem Maße Lohn einbußen, Rationalisierungsmaßnahmen, verschärfte Arbeitshetze in Kauf nehmen und sich dem Diktat der Unternehmer beugen.

Die Lügen von Unternehmern und Regierung, Arbeitszeitverkürzungen wie die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn — der derzeit einzigen konkreten Möglichkeit der steigenden Arbeitslosigkeit erfolgreich entgegenzuwirken — brächte den wirtschaftlichen Aufschwung in Gefahr und würde damit die Arbeitslosigkeit erhöhen, bleiben nicht ohne Einfluß auf die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen. Sie dienen dem Zweck der Kapitalisten, mittels verminderter Lohnkosten durch Lohnabbau, Rationalisierung und Entlassungen sich einen größeren Anteil am Gesamtprodukt zu verschaffen und gleichzeitig die Gewerkschaften zu schwächen.

Die Haltung der Gewerkschaften zum Problem der Massenarbeitslosigkeit, der von den Kapitalisten betriebenen Spaltung der Arbeiterklasse zwischen Beschäftigten und

Arbeitslosen, ist derzeit recht zwiespältig. Einerseits gibt es das Bestreben, Arbeitslose in die Gewerkschaften zu integrieren, sich für ihre Forderungen einzusetzen, Arbeitslosengruppen einzurichten, Arbeitslosentreffen zu initiieren, Einzelgewerkschaften wie die GEW, die IG Druck und Papier u.a. nehmen auch Arbeitslose als Mitglieder auf, andererseits halten sich die rechten Gewerkschaftsführer in Unterstützung der Forderungen der Arbeitslosen und ihrer Organisation bewußt zurück und betrachten sie lediglich als Objekte staatlicher und gewerkschaftlicher Wohltätigkeit.

Die jahrzehntelang propagierte Ideologie der Sozialpartnerschaft hat dazu geführt, daß

die meisten der entlassenen Kolleginnen und Kollegen der Situation der Arbeitslosigkeit erst einmal ziemlich hilflos gegenüberstehen. Daß sie sie als Schicksal, gegen das man sich nur schwer wehren kann, — da sie nicht wie im Betrieb die Kollegen, die Gemeinschaft, Vertrauensleutekörper und Betriebsrat haben —, begreifen und resignieren. Daß sie sich von den Kollegen, von den Gewerkschaften im Stich gelassen fühlen.

„Konsequenter Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn“

Deshalb ist es die Pflicht der Kommunisten, auch und gerade unter den Arbeitslosen — gemeinsam mit allen revolutionären und fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen — der Ideologie der Sozialpartnerschaft, der Klassenversöhnung, die Ideologie des Klassenkampfes, der Befreiung vom Joch des Kapitalismus, des Sozialismus entgegenzusetzen. Trotz der genannten Erschwerenisse ist die Armee der Arbeitslosen eine permanente, revolutionäre Kraft, deren unmittelbare Tagesinteressen zusammenfallen mit den allgemeinen Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Diese Tatsache ist die objektive Grundlage für die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen Kampffront zwischen beschäftigten Arbeitern und Arbeitslosen, sie

macht die Sache der Arbeitslosen zur Sache des gesamten Proletariats, der Klassen-solidarität.

Klassen-solidarität aber heißt jetzt und heute für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben: konsequenter Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, konsequente Ablehnung von Überstundenchinderei und Akkordhetze. Klassen-solidarität heißt für die Arbeitslosen: Breite Unterstützung des Kampfes für die Einführung der 35-Stunden-Woche, Ablehnung von Streikbrecherarbeit, Ablehnung von Arbeiten mit untertariflicher Bezahlung.

Indem sich die Partei mit größerer Energie als bisher der Arbeitslosen annimmt, vertritt sie nicht das Interesse einer Arbeiterschicht gegen die andere, sondern vertritt sie damit das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse gegen jene, die es bewußt oder nicht bewußt zu spalten versuchen, indem sie sich lediglich auf die noch in Arbeit Stehenden stützen. Doch kann sich die Partei als Vertreterin der Gesamtinteressen der Arbeiterklasse nicht darauf beschränken, dieses Gesamtinteresse zu erkennen und propagandistisch geltend zu machen. Sie kann es nur wirksam vertreten, indem sie sich der Interessen der am meisten unterdrückten und in Verelendung befindlichen Arbeiterschicht annimmt und sie, auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer, solidarisch an Seiten ihrer noch arbeitenden Kolleginnen und Kollegen in den Kampf zu führen versucht. Daraus ergibt sich für die Partei die Aufgabe:

Unsere Aufgaben:

1. Die Arbeitslosenarbeit fängt bei der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit an. Die im Betrieb arbeitenden Genossinnen und Genossen sollten nicht nur den Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen führen, sondern sich auch dafür einsetzen, daß die entlassenen Kolleginnen und Kollegen dem gewerkschaftlichen Kampf nicht verlorengehen. Das heißt, sich dafür einzusetzen, daß Arbeitslose ihre

vollen Mitgliederrechte behalten, daß sie eigene Arbeitslosenausschüsse bilden können, daß Arbeitslose mit vollen Rechten in die Gewerkschaft eintreten können, insbesondere bei Betriebsschließungen und Massenentlassungen, ist die Organisation in eigenen Initiativen zu unterstützen und auf eine enge Verbindung mit den im Betrieb verbleibenden Kolleginnen und Kollegen hinzuwirken.

2. Jeder arbeitslose Genosse, jede arbeitslose Genossin sollte sich — wenn er/sie absehbar für längere Zeit arbeitslos ist — in einer gewerkschaftlichen bzw. der Gewerkschaft nahestehenden oder auch einer anderen Arbeitsloseninitiative (autonome, christliche) organisieren, um dort kommunistische Arbeit zu leisten (auch Hausfrauen bzw. -männer sind arbeitslos). Das heißt, sich dort aktiv für die materiellen Interessen und Forderungen des einzelnen und der Gesamtheit der Arbeitslosen einzusetzen, sie zu verteidigen und zu verbessern, sie im gemeinsamen Kampf, in der Aktion an die Positionen des Klassenkampfes, des Sozialismus, der Partei heranzuführen.

3. Zwecks Erfahrungsaustausch und um die Arbeit unter den Arbeitslosen zu koordinieren, sollten sich die in den Initiativen arbeitenden Genossinnen und Genossen regelmäßig von Zeit zu Zeit treffen. Es ist ein zentraler Arbeitslosenausschuß der Partei zu bilden, der sich der Arbeitslosenzeitschrift als kollektivem Organisator, Propagandist und Agitator bedient. Langfristig ist darauf hinzuwirken, die Zersplitterung der Arbeitslosen in zahlreiche Initiativen zu überwinden, um zu einer einheitlichen, autonomen, gewerkschaftlich orientierten Arbeitslosenbewegung zu kommen.

4. Das Zentralkomitee der Partei wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den arbeitslosen Parteimitgliedern unter der Losung „Arbeit für alle“ eine Konkretisierung und Verbesserung der Arbeitslosenforderungen der Partei zu erstellen, die praktische Vorschläge zur Verringerung der Arbeitslosigkeit enthalten und den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen, den arbeitslosen Jugendlichen den Weg zur endgültigen Überwindung der Arbeitslosigkeit den Sozialismus weist.

Neu erschienen: „Wehrt Euch!“

**Heute Massenarbeitslosigkeit
Wehrt Euch!
Morgen Massenlend
Arbeitslose: Unterstützt
die 35-Stunden-Woche**

Rund 2,5 Millionen registrierte, rund 1 Million nicht registrierte Arbeitslose, das ist die Bilanz der Kohl/Genscher-Regierung nach einem Jahr. Hoch niemals seit 1950 war die Zahl der Arbeitslosen so hoch, und sie wird noch größer werden. Wir stehen vor einer technologischen Revolution: Mikrochips, Mikroprozessoren, Industrieroboter. Der neue Golf in Wolfsburg wird zu über 90 Prozent von Robotern gefertigt. Maschinen ersetzen Menschen. Deshalb sind rigorose Arbeitszeitverkürzungen, nämlich die Einführung der 35-Stunden-Woche auf längere Sicht die einzig mögliche Chance, die Zahl der Arbeitslosen unter die Millionengrenze zu drücken. Kommt sie nicht, so werden wir für die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts womöglich mit fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen, mit Weimarer wenn nicht gar mit faschistischen Verhältnissen rechnen müssen.

Keine neue Zeitung — neuer Name: „Wehrt euch“, Arbeitslosenzeitung der KPD. Bestellungen an den Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30; Preise: (zuzüglich Porto und Verpackung) bis 100 Exemplare 0,15 DM pro Stück 100 - 500 Exemplare 0,12 DM pro Stück Über 500 Exemplare 0,10 DM pro Stück

„Gerade die Ausländergesetzgebung muß stärker als bisher vom Grundsatz der Transparenz und Übersichtlichkeit beherrscht werden.“ Das, so unterstreicht der „Vorwärts“, sei ein wesentliches Anliegen der innen- und rechtspolitischen Kommission beim SPD-Vorstand. „Die in der bisherigen Praxis weitreichenden Ermessensentscheidungen der Ausländer-Behörden“ seien „zurückzudrängen“. — nun, daß heißt erst mal noch gar nichts. Auch das Innenministerium will die Vorschriften ausdrücklich konkreter fassen und Ermessensentscheidungen einschränken — da, wo zuviel Spielraum zu Zugeständnissen an die Ausländer war, auch wenn davon nun wirklich kaum Gebrauch gemacht wurde. (Vergleich hierzu den Entwurf der Bund-Länder-Kommission — das „Zimmermann-Papier“ — vom März '83 und die „Konzeption des BMI für das neue Ausländergesetz“ vom 16. September 1983). Aber bei der SPD soll es in die andere Richtung gehen — „zugunsten von Rechtsansprüchen“ für die Ausländer. Das ist ein anderer Ansatz, ein Anspruch, der eingelöst sein will.

Das „Bonbon“ der SPD-Forderungen: Das **Niederlassungsrecht**. Ein Wort, das Hoffnungen erwecken muß, das von zahlreichen Initiativen und Ausländerorganisationen selbst ins Spiel gebracht wird, wenn es um mehr Rechte, ja, um Gleichberechtigung geht. Der „Vorwärts“ schreibt dazu:

„Die Hauptforderung der

Anmerkungen zu einem Gesetzentwurf

SPD-Ausländerpolitik — die Alternative zu Zimmermann?

Im Dezember 1983 wurde in der SPD ein Entwurf eines Ausländergesetzes erarbeitet, der den gegebenen Diskussionsstand zusammenfassen und zur weiteren Diskussion im Parteivorstand und der Bundestagsfraktion dienen sollte. Die innen- und rechtspolitische Kommission beim SPD-Vorstand verabschiedete „Thesen zum Ausländerrecht“, die ebenfalls noch in Vorstand und Fraktion abgestimmt werden sollen, bevor die Kommission: **Ausländer sollen nach achtjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik ein Niederlassungsrecht erhalten, das sie den Deutschen weitgehend gleichstellt.**

Über die Frist könnte man sich sofort streiten. Aber lassen wir das hier beiseite. „Gleichgestellt“! Läßt sich die SPD jetzt wirklich davon leiten, daß Ausländer und Deutsche gleiche Rechte haben müssen, daß die Ungleichheit und die Spaltung, die vor allem die Arbeiterklasse betrifft, überwunden werden muß? — Der „Vorwärts“ selbst schränkt ein:

„Einschränkungen könnte es etwa (etwa! — und vielleicht noch hier und vielleicht noch da ... oder wie?) beim Wahlrecht, beim Beamtenstatus oder bei der Wehrpflicht geben.“ — Da beginnt das Bonbon schon etwas fade zu schmecken.

Im Gesetzentwurf heißt es dazu:

„§9 Niederlassungsrecht

(1) Ein Ausländer, der sich aufgrund einer Aufenthaltser-

laubnis nach §6 acht Jahre im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufgehalten hat, erhält auf Antrag die Stellung eines Angehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

(2) Ein Ausländer, der im Geltungsbereich dieses Gesetzes geboren wurde, erhält diese Stellung auf Antrag mit Vollendung des 16. Lebensjahres, wenn er sich seit acht Jahren ohne Unterbrechung darin aufgehalten hat.

(3) Das Niederlassungsrecht erlischt, wenn der Ausländer seinen Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes auf Dauer aufgibt oder gegenüber der zuständigen Behörde den Verzicht erklärt.

Punkt und Schluß!

Der Status eines EG-Angehörigen als Gipfelpunkt der Rechte für Ausländer, wie die SPD sich ihn vorstellt?

Das hat mit „weitgehender Gleichstellung“ nichts zu tun. Damit wird zwar Menschen „3. Klasse“ das Recht eingeräumt,

SPD dann — ein Termin ist nicht bekannt — wohl mit einem fertigen Gesetzentwurf im Parlament auftreten wird. Einige Inhalte der „Thesen“ konnte man dem „Vorwärts“ vom 9.2.84 entnehmen. Der Gesetzentwurf selbst, der vorher vorlag („Stand: 8.12.1983“), ist außerhalb der SPD noch nicht sonderlich bekannt.

nach Antrag zu Menschen „2. Klasse“ aufzusteigen, und das ist auch, besonders im Hinblick auf unsere türkischen Mitbürger sicher mehr als Zimmermann will, aber es läßt grundsätzlich die Ausländerdiskriminierung bestehen. Niemand, der es mit dem Bestreben um Gleichberechtigung ernst meint, kann sich mit einem solchen Vorhaben zufriedengeben.

Es bleibt — vielleicht — ein Ausweisungsschutz: „Dieses Niederlassungsrecht soll auch beinhalten, daß Ausländer dann nicht mehr ausgewiesen werden können“, schreibt der „Vorwärts“.

Im folgenden noch einige Anmerkungen zu Einzelheiten des Gesetzentwurfes.

In §5 und §6 sind zwei verschiedene Formen der Aufenthaltserlaubnis vorgesehen: die „Erlaubnis zum vorübergehenden Aufenthalt“ (im folgenden: vorübergehende Aufenthaltserlaubnis) und die „Erlaubnis zum dauernden Aufenthalt“ (im folgenden: Dauer-Aufenthaltserlaubnis).

Die vorübergehende Aufenthaltserlaubnis soll für alle gelten, die sich in irgendeiner Form zu Ausbildung in der Bundesrepublik aufhalten, für Grenz- und Saisonarbeiter sowie für Besucher. Sie wird befristet erteilt, vorgesehen ist die Bestimmung, daß sie vor der Einreise eingeholt und als Sichtvermerk im Paß eingetragen werden muß. Es besteht die Möglichkeit, diese Aufenthaltserlaubnis auch räumlich zu begrenzen.

Die **Dauer-Aufenthaltserlaubnis** soll gelten für Ausländer, deren „Lebensunterhalt gesichert“ ist bzw. die erwerbstätig sind, Selbständigen und Arbeitern. Für letztere soll gelten: „(3) Einem Ausländer, der einer unselbständigen Tätigkeit nachgehen will, wird die Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn der Arbeitsvertrag von der Bundesanstalt für Arbeit genehmigt worden ist. Die **Genehmigung wird nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes befristet erteilt.**“ Auch die Dauer-Aufenthaltserlaubnis soll vor Einreise eingeholt

werden. Ein Übergang von der vorübergehenden AE zur Dauer-AE soll die zwischenzeitliche Ausreise voraussetzen — „es sei denn, die Ausreise würde zu einer unbilligen Härte führen“. Eine Formulierung, die sich, wie viele andere des Gesetzentwurfes, nicht gerade sehr präzise anhört, was die SPD doch angeblich erreichen will.

Die Dauer-AE kann ebenfalls „aus wichtigem Grund“ auch **räumlich beschränkt** werden. Sie soll erstmals für mindestens ein Jahr erteilt werden; dann um jeweils zwei Jahre verlängert werden; für Arbeiter nach drei Jahren „ohne Mitwirkung der Bundesanstalt für Arbeit“; Voraussetzung für die Verlängerung immer: Die Gesichtspunkte für ihre erstmalige Erteilung müssen weiterhin gegeben sein, ist dieser „Aufenthaltszweck weggefallen, so ist die Aufenthaltserlaubnis zu verlängern, wenn ihre Versagung zu einer unbilligen Härte führen würde“. Sehr präzise.

Nach fünf Jahren Aufenthalt mit einer Dauer-Aufenthaltserlaubnis erhält ein Ausländer eine „unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis — die **Aufenthaltsberechtigung**“.

Was die **Kinder** von Ausländern angeht, so hält die SPD daran fest, daß sie bis zum 16. Lebensjahr nachziehen dürfen und keine Aufenthaltserlaubnis benötigen. Mit Vollendung des 16. Lebensjahres „ist ihnen eine Aufenthaltserlaubnis nach eigenem Recht zu erteilen“ bzw. steht ihnen bei entsprechender Aufenthaltsdauer das Niederlassungsrecht bzw. die Einbürgerung zu.

Ehegatten von Ausländern, die selbst Ausländer sind, sollen eine eigene Aufenthaltserlaubnis bekommen, wenn die Ehe bei Einreise bereits bestand. Bei hinterher geschlossener Ehe wird sie erst erteilt, wenn der „anerkannte“ Ausländer ein Jahr lang eine Dauer-Aufenthaltserlaubnis besitzt. Wird die Ehe vor Ablauf von zwei Jahren geschieden, erlischt die Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten.

Sozialhilfeempfang bleibt nach den SPD-Plänen für Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis **Ausweisungsgrund**, wenn sie während eines Zeitraumes von zwölf Monaten sechs Monate Sozialhilfe bekommen. Die Ausweisung für einen Ausländer mit Dauer-Aufenthaltserlaubnis ist unzulässig, wenn er bereits länger als fünf Jahre hier lebt und vor dem 55. Lebensjahr eingereist ist; ist er später gekommen, beträgt die Frist zehn Jahre.

Ausweisungsgründe sollen außerdem sein: Die irgendwie geartete Unterstützung einer verbotenen Vereinigung; für „Besucher“: die „schwerwiegende Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ oder unsicherer Lebensunterhalt; die rechtskräftige Verurteilung wegen einer Straftat, gestaffelt nach Aufenthaltsdauer und Strafmaß („Vorwärts“).

Zusammenfassend muß festgestellt werden: Die SPD-Pläne decken sich nicht mit denen der Bundesregierung. Sie sind aber nicht darauf aus, die Diskriminierung von Ausländern aufzuheben oder gar die Ausländer den Deutschen gleichzustellen. Nicht einmal das Wahlrecht, nicht einmal auf kommunaler Ebene, wird ihnen zugestanden. Diese Pläne bleiben weit hinter dem zurück, was in vielen Initiativen diskutiert und gefordert wird. **Jeder Versuch, sie zur Orientierung der Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit zu machen, ist entschieden zurückzuweisen.**

Benny Haerlin und Michael Klöckner zu 2 1/2 Jahren verurteilt

Ein radikales Urteil gegen die Pressefreiheit

Gegen die Pressefreiheit

In einer Erklärung von Richtern und Staatsanwälten in der ÖTV wurde bereits bei der Verhaftung von Benny Haerlin und Michael Klöckner im Juni letzten Jahres gegen den §129a und besonders gegen seine Anwendung in Presseverfahren protestiert: „Erstaunlicherweise läßt man es hier nicht mit presserechtlichen Vorwürfen bewenden, sondern fährt das schwere Geschütz des §129a auf und wirft ihnen Werbung für eine terroristische Vereinigung vor. Dieses Kernstück der heftig umstrittenen Anti-Terrorismus-Gesetzgebung aus dem Jahre 1976, die ein bedeutender Strafverteidiger als Niederlage des Rechtsstaates bezeichnet hat, erweist sich hier als ein Instrument, mit dem ureigenste Pressetätigkeit kriminalisiert werden kann. Wenn es darauf ankommen sollte, ob und mit welcher Ernsthaftigkeit sich verantwortliche Journalisten von den Veröffentlichungen distanzieren, und wenn schließlich danach unterschieden würde, in welcher Zeit der Abdruck erfolgt, würde das zu einer unzumutbaren Einschränkung der Pressefreiheit führen und willkürlicher Strafverfolgung Tür und Tor öffnen.“

Autorenprotest

In einer Protesterklärung von Autoren, die u.a. von Heinrich Böll, Walter Dirks, Ingeborg Drewitz, Günter Grass, Peter Härtling, Robert Jungk unterzeichnet wurde, heißt es u.a.: „Wieder einmal hat sich in diesem Verfahren gezeigt, daß es sich bei dem Paragraphen 129a (Billigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) um einen Gummiparagrafen handelt, der eine uferlose Ausweitung der Strafverfolgung und ein Gesinnungsstrafrecht möglich macht... Wir fordern die Abschaffung des §129a StGB. In der Art, wie das Gericht ihn ausgelegt hat, sind auch die meisten von uns anzuklagen und zu verurteilen.“

Im sogenannten radikal-Verfahren vor dem Westberliner Kammergericht sind in der letzten Woche die Journalisten Benny Haerlin (26) und Michael Klöckner (28) zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die beiden Journalisten sollen als Herausgeber der Zeitschrift „radikal“ Gewalttaten gebilligt, verherrlicht und zu ihnen aufgerufen haben (§111 und 140 StGB). Außerdem befand das Gericht sie der Werbung für eine sogenannte terroristische Vereinigung (§129a) für schuldig. In seiner Urteilsbegründung stellte das Gericht ausdrücklich fest, daß es unerheblich sei, ob die beiden Journalisten redaktionell und für einen Artikel in der Zeitschrift verantwortlich gewesen seien. Entscheidend sei allein, daß sie in Kenntnis und mit Billigung des strafbaren Inhalts der Zeitschrift an deren Verbreitung beteiligt gewesen seien.

Das Urteil und der gesamte Prozeß sind in zweierlei Hinsicht ein unglaublicher Skandal. Zum einen, weil hier ein Gericht vorgeführt hat, wie mit Hilfe des §129a die Pressefreiheit außer Kraft gesetzt werden kann. Zum anderen, weil dieser Prozeß beispielhaft gezeigt hat, daß man als linker Journalist in dieser „freien“ Republik auch dann für Jahre ins Gefängnis wandern kann, wenn man nicht ein einziges staatsfeindliches Wort geschrieben hat. Die Gesetzgebung und Gerichte wie der 6. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin, zu dem übrigens auch ein Richter gehört, der vor 15 Jahren am Freispruch des Volksgerichtshof-Richters Hans-Joachim Rehse mitwirkte, machen es möglich.

Zum ersten. Benny Haerlin und Michael Klöckner sind im Juni letzten Jahres verhaftet und wochenlang in U-Haft gehalten worden, weil die Zeitschrift „radikal“ Stellungnahmen der „Revolutionären Zellen“ (sog. Bekennerbriefe u.ä.) abgedruckt hat. Abgedruckt, ohne sich ausdrücklich davon zu

distanzieren. In dieser Tatsache erblickten Staatsanwaltschaft und Gericht den Tatbestand der Werbung für eine „terroristische Vereinigung“.

Wenn dieses Beispiel Schule macht, dann läuft jede Zeitung, die ihrer Informationspflicht

etwa ein Dokument der „Revolutionären Zellen“ unkommentiert abdrucken darf oder nicht, richtet sich laut Urteilsbegründung offenbar danach, ob der Inhalt dieser Zeitung links ist oder nicht.

Zum zweiten. Benny Haerlin und Michael Klöckner, die wegen Artikeln verurteilt wurden, die in der Zeitschrift „radikal“ im Zeitraum 1982 erschienen, haben mit dieser Zeitschrift gar nichts zu tun. Jedenfalls nicht in dem fraglichen Zeitraum. Weder haben sie in dieser Zeit irgendwas für die Zeitschrift geschrieben, noch waren sie redaktionell verantwortlich. Beide haben im Gegenteil 1980 die Zeitschrift „radikal“ verlassen. Alles, was sie tatsächlich noch mit „radikal“ zu tun hatten, war, daß sie nach wie

rem für „radikal“, fungierte.

Das allein reichte selbst dem Berliner Kammergericht nicht zur Verurteilung. Deshalb versuchte man auf andere Weise eine Verbindung zwischen den beiden Journalisten und der Zeitschrift „radikal“ nachzuweisen. Benny Haerlin wurde vorgehalten, er sei im letzten Jahr beobachtet worden, wie der die „radikal“ am Postzeitungsamt in Berlin abgeliefert habe. (Benny Haerlin hat allerdings für den Zeitpunkt dieses „Verbrechens“ ein Alibi). Michael Klöckner wird vorgehalten, daß „radikal“ mehrmals in seinem Auto transportiert worden sein soll. Ansonsten existieren noch einige angebliche Unterschriften der beiden, für deren Echtheit sich aber noch nicht einmal der Schriftsachverständige des Bundeskriminalamtes verbürgen mochte. Und es existiert noch die einzig wirklich bewiesene Behauptung von Staatsanwaltschaft und Gericht: daß beide nämlich beim Lesen (!) der Zeitschrift „radikal“ gesehen worden sind!

Das sind die „Beweise“, aufgrund deren Benny Haerlin und Michael Klöckner in einem vier Monate dauernden Prozeß, der die Steuerzahler mehrere hunderttausend Mark gekostet hat, verurteilt wurden. Warum sie verurteilt wurden? Weil „radikal“ unbedingt der Prozeß gemacht werden sollte. Weil es aber die für solche Fälle im bürgerlichen Presserecht vorgesehenen verantwortlichen Redakteure bei der unbürgerlichen Zeitschrift „radikal“ nicht gab und die tatsächlichen Verfasser trotz monatelanger Observation nicht zu identifizieren waren. Weil also, wie der Staatsanwalt offen erklärte, „die Polizei sonst niemanden präsentieren“ konnte, hielt die Justiz sich an Benny und Michael. Denn auf Angeklagte kann man in einem ordentlichen Gerichtsverfahren nicht verzichten. Auf Beweise schon eher.



Benny Haerlin

nachkommen will, Gefahr, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Jedenfalls, wenn es sich um eine fortschrittliche Zeitung handelt. Denn ob man



Michael Klöckner

vor in einem Verein namens „Zeitungskooperative“ blieben, der im formalrechtlichen Sinn als Herausgeber für verschiedene Zeitschriften, unter ande-

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Wohin bewegt sich die Frauenbewegung?

Die Tomate flog im September 1968. Geworfen wurde sie von einer Frau, getroffen hat sie den SDS-Theoretiker Hans-Jürgen Krahle. Dieser Ausdruck der Empörung gegen die männerorientierte Strategie des SDS war nicht unbedingt eine Revolte der SDS-Frauen. Zurück in ihren Städten jedoch, gründeten sie in einigen Orten „Weiberräte — Frauengruppen“, zu denen Männer keinen Zutritt hatten. Hier redeten endlich die Frauen, ohne von sprachgewaltigen Männern wieder einmal verdrängt zu werden. Die Geschichte mußte aufgearbeitet werden, denn Namen wie: Olympe de Gouges, Flora Tristan, Hedwig Dohm waren unbekannt. Unbekannt war der größte Teil der Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts. Aufgearbeitet wurde die Rolle der Frau im SDS, denn auch hier arbeiteten sie meist im Reproduktionsbereich, Tippen und Flugblattverteilung, Erziehung und Küchenarbeit, das fernzuhalten von den großen Theoretikern der neuen revolutionären Idee. Durch die Bildung von Kinderläden, den ersten Kommunen, begann die praktische Arbeit der neuen Frauenbewegung, die größte Kampagne war und blieb jedoch der Kampf gegen den § 218, 1971/72.

In diesem Kampf richtete sich die Wut nicht allein gegen das Abtreibungsverbot, sondern in zunehmendem Maße gegen das ganze Weiblichkeitsdiktat. Es war zur Zeit der Propagierung der neuen Frauenrolle, ein bißchen berufstätig, gleichzeitig perfekte Hausfrau, eine gute Mutter, gleichzeitig flotte Geliebte. Aufgeschlossen und doch perfekt funktionierend, wie einst die Mutter, das sollte die moderne Frau in sich vereinen. Der Stern gab die 374 Adressen bekannt und es wurde die größte Explosion (aufgetrieben wurden diese Adressen von drei Frauengruppen und dem nachfolgenden Schneeballsystem). Frauen schlossen sich jetzt zusammen, wurden durch diese Kampagne radikalisiert. Machten im Frühjahr 1972 ein Go-in im Frankfurter Dom, platzen in die Jahreshauptversammlung des reaktionären Ärztesverbandes „Hartmannbund“, stürmten eine Disco-Mißwahl. 1972/73 erklang zum ersten Mal der Kampfruf „Frauen gemeinsam sind stark“, Frauen beschäftigten sich mit der Ausbeutung der Arbeiterinnen im Betrieb ebenso, wie der in der Küche. Von den Linken wurde dieser Bereich ausgespart und selbst linke Frauen in den sogenannten K-Gruppen sagten damals, daß die Frage der Emanzipation erst nach der Revolution, der kapitalistischen Zeit angegangen werden könne.

Aus den USA kam die Idee der Klein- oder Quatschgruppen auf, Frauen sollten sich bewußt werden durch Stabilisierung ihres Selbstbewußtseins, durch ein miteinanderreden, daß sie mit ihren Sorgen nicht allein dastehen. Mit Ängsten nicht allein sind, die als Schwächen häufig erklärt werden, ein sich-mies-fühlen, nicht eigenes Versagen ist. Diese Selbsterfahrungsgruppen waren und sind wichtig, denn immer noch sind sich die Frauen in der Bevölkerung nicht im Klaren, wie Diskriminierung entsteht, wie heraus kommen aus einer miesen Beziehung. Doch ebenso gefährlich werden die Gesprächskreise, wenn immer nur, und das jahrelang, über Befreiungsversuche die Rede ist und nichts getan wird, sich auch der Umstände bewußt zu werden, die ein Herrschaftssystem braucht, um überhaupt aufrechtzuerhalten werden.

Viele Frauenzentren sind allmählich daran zerbröckelt, arbeiten nur noch für sich, nach innen, nicht nach außen, politische Themen werden als „nicht-von-Interesse“ abgetan, viele Frauengruppen beschäftigen sich darum über Jahre mit sich selber und den Gebieten: Notruf, Alleinerziehende etc. Wichtig sind die Gebiete, doch die alleinige Beschäftigung darauf wird in den Augenblick gefährlich, wo z.B. nicht mehr geachtet wird auf negative Veränderungen des Gesetzgebers, die uns Frauen in erster Linie angehen. Durch die jahrelange Arbeit mit nur einem Thema wird dieses Thema häufig überbewertet und alles andere als unwichtig eingestuft.

Vorsicht ist deshalb gerade diesen Gruppen anzurufen, denn nur zu schnell wird die Brisanz anderer Themen nicht mehr erkannt. Ebenso gefährlich ist die jahrelange Beschäftigung mit geschichtlichen Themen, wir vergessen darüber die Wirklichkeit und die Gefahr, die uns speziell von der derzeitigen Regierung droht.

Plötzlich betrachten wir uns genau, viel zu genau, verabscheuen generell die Zusammenarbeit mit Männern, kritisieren Frauen, die ihren Weg in Parteien oder Friedensgruppen suchen. Geredet wird von Körperwahrnehmung, Frauenkurse eingerichtet zur gesunden Ernährung (waren wir nicht einmal soweit, dieses Gebiet nicht ausschließlich als Frauengebiet zu betrachten?). Einen wahren Körperkult, Lesbenkult treiben wir (alle Frauen sind lesbisch, ist immer noch zu hören). Kurzum, wir fangen an, uns zurückzuziehen, vermengen unsere neugezogenen Kräfte mit einer neuen Innerlichkeit, vergessen politisch heiße Frauenthemen, vergessen die Gefahren, die uns wieder und wieder drohen werden. Fangen plötzlich an zu stricken (nicht immer nur aus Spaß an der Freud, es ist eben augenblicklich „in“, daß Frau strickt), bauen liebevoll Kinder- und Stillgruppen auf und auch hier herrscht die Ausschließlichkeit, nur das wird angegangen, alles weitere vergessen und als derzeit nicht aktuell angesehen. Wir gehen wieder den Weg zurück, statt zu protestieren gegen eine eventuelle Änderung des Scheidungsrechts, statt uns zu informieren über Diskriminierungen im Versicherungsrecht, statt gemeinsam gegen Parolen „Reserve zurück an den Herd“ anzugehen, statt die massenhafte Arbeitslosigkeit von Frauen zu bekämpfen, nehmen wir begeistert unser Frauen an. Sind begeistert von der so engen Verbundenheit von Frauen und sudeln uns eigentlich wieder zurück. Woher dieser Trend? Warum setzen wir nicht strikte Trennungslinien zwischen den angenehmen Gesprächen zwischen Frauen, dem dort vorherrschenden Gefühl, verstanden zu werden und dem politischen Kampf für uns und unsere Rechte, dem Kampf um uns und die Erhaltung einiger weniger Rechte.

Inzwischen kämpfen schon einige Frauengruppen gar nicht mehr für die vollständige Freigabe von Abtreibungen, weil viele Frauen ja keine Beziehung mehr zu Männern haben, warum kämpfen Frauengruppen nicht für ein Gesetz, daß die Gewalt und Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe stellt, weil emanzipierte Frauen so etwas nicht mehr passiert? Sind wir nicht einmal angetreten, auch für die Frauen zu kämpfen, die den Kampf noch nicht aufnehmen können? Wir müssen uns wieder einsetzen für Hausfrauen, für Mütter, für Arbeiterinnen, die Unterdrückung dieser vielen Frauen ist täglich und lassen wir sie allein, so verraten wir unsere Träume. Lassen wir diesen Kampf, so wird die Regierung ein leichtes Spiel haben mit der Durchsetzung ihres reaktionären Frauenprogramms. Überall dort müssen Frauengruppen und Frauen, die sich Feministinnen nennen, aber nicht mehr in Frauengruppen arbeiten, einschalten und aufklären. Sicherlich ein harter Weg, aber meines Erachtens nach der einzig richtige. Im übrigen wird ein weiteres Aufarbeiten unserer psychischen Schäden zur Aufarbeitung neuer führen. Wir müssen die Bedingungen soweit verändern, daß dieses Leben für alle Frauen lebenswert wird.

Wenn nicht WIR, wer dann?
G. K. aus Dortmund

RGÖ — mit welchem Ziel?

Von vielen Genossinnen und Genossen wird die RGÖ mehr oder weniger in Frage gestellt.

Als Argumente werden genannt: Bei uns im Betrieb gibt es schon eine oppositionelle Gruppe, da brauche ich keine RGÖ-Gruppe. RGÖ-Politik, so ein extra Verein, isoliert uns gegenüber anderen Gewerkschaftsoppositionellen. Das ist spalterisch. RGÖ brauchen wir bei uns am Ort/Betrieb nicht, da läuft auch so eine gute Gewerkschaftsarbeit. Auch noch RGÖ, wir haben mit unserer KPD-Arbeit schon genug zu tun.

Meiner Meinung nach steckt hinter diesen Argumenten zum ei-

nen eine gewisse Blindheit für alles, was über den Betrieb/Ort hinausgeht und zum anderen von der Tendenz her eine zu starke Fixierung auf gewerkschaftliche Kreise und Gremien und die darin vertretenen politisch gebundenen Kollegen.

Über das allgemeine politische Ziel der RGÖ und der KPD im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich dürften sich wohl alle Genossinnen und Genossen, auch der anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen, einig sein. Das ist die Weiterentwicklung des sozialpartnerschaftlichen, reformistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse zu einem klassenkämpferischen, revolutionären Bewußtsein.

Darüber, daß dieses nur durch eine Arbeit, die in den DGB-Gewerkschaften stattfindet, bzw. auf diese Bezug nimmt, zu erreichen ist, dürften sich wohl auch alle revolutionären Sozialisten, ausgenommen die Anarcho-Syndikalisten, einig sein.

Die Differenzen bestehen meines Erachtens im wesentlichen in zwei Fragen.

1. Der Stellenwert der Gremienarbeit in Relation zur Basisarbeit.

2. Die Frage ob eine bundesweite Organisation der Opposition notwendig ist.

Der V. Parteitag hat in seiner Resolution noch einmal ganz klar festgestellt: Der DGB läßt sich vom Sozialpartnerschaftsgedanken leiten und die Gewerkschaftsbürokratie verteidigt diese Politik mit undemokratischen Mitteln gegen die stärker werdende klassenkämpferische Opposition.

Was heißt nun diese RGÖ-Politik isoliert uns gegenüber anderen Gewerkschaftsoppositionellen?

Sicherlich wird es zwischen einer aktiven RGÖ-Gruppe in der Belegschaft und einer anderen gewerkschaftsoppositionellen Gruppe eher zu einer Konfrontation kommen als zwischen weniger taktisch wendigen KPD-Genossen und solch einer gewerkschaftsoppositionellen Gruppe.

Das wird aber in der Regel nicht an der Sturheit und mangelnden Wendigkeit einer RGÖ-Gruppe liegen, sondern daran, daß die KPD-Genossen ohne eine RGÖ-Gruppe im Rücken schon eher mal in die Verlegenheit kommen, falsche Kompromisse zu schließen.

Und wenn man am Betrieb/Ort so eine starke Position hat, daß man sagen kann, bei uns wird von der Gewerkschaft eine klassenkämpferische, eine mobilisierende Arbeit gemacht, dann braucht man die RGÖ als bewußtesten Teil dieser Kollegen, um seine Position zu verteidigen und sich am bundesweiten Kampf für solch eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zu beteiligen.

Natürlich wird sich die Mehrheit der oppositionellen Kolleginnen und Kollegen nicht in der RGÖ organisieren wollen.

Das sind in der Regel Kollegen, denen die RGÖ politisch zu weit geht. Deren Opposition sich z.B. auf alteingesessene Betriebsratsfunktionen beschränkt oder die in einzelnen Fragen, z.B. Friedensbewegung oder Mobilisierung zum Kampf um die 35-Stunden-Woche in Opposition zur Gewerkschaftsbürokratie stehen. Als Beispiel sind viele oppositionelle Listen zu nennen, die linkssozialdemokratisch beeinflusst sind und meiner Meinung nach auch die Kollegen um die Zeitschrift „Re-

vier“.

Diesen Kollegen ist der grundsätzliche Widerspruch zwischen einer klassenkämpferischen, revolutionären Gewerkschaftspolitik und einer sozialpartnerschaftlichen, reformistischen Gewerkschaftspolitik nicht klar. In Folge dessen können sie nicht den reformistischen Charakter der Gewerkschaftsbürokratie erkennen und lehnen auch aufgrund dieser Unklarheit einen bundesweiten Zusammenschluß der Opposition ab.

Dann wird es noch eine Reihe von oppositionellen Kolleginnen und Kollegen geben, die den reformistischen Charakter der Gewerkschaftsbürokratie erkannt haben und die eine klassenkämpferische, revolutionäre Gewerkschaftspolitik praktizieren, aber aufgrund einer parteipolitischen Bindung, was nicht Mitgliedschaft heißen muß, eine Organisation in der RGÖ ablehnen. Soweit ich es beurteilen kann, ist ein bedeutender Teil des Frankfurter Metallkreises und die von den verschiedenen Organisationen der rev. Sozialisten entscheidend beeinflussten Kollegen- und Gruppen dazuzuzählen. Sicherlich auch einzelne Genossen der KPD, wobei diese Kollegen schwer mit der Verklärung der sogenannten Einheitsgewerkschaft, was besonders in Zeiten der Betriebsratswahlen auffällt, durch ihre Parteiführung zu kämpfen haben.

Als meinem Eindruck nach unserer Gewerkschaftspraxis relativ nahe stehend möchte ich die GIM und die Gruppe Arbeiterpolitik erwähnen, Gleichzeitige weise ich auf örtliche Unterschiede, wie übrigens bei uns nicht anders, hin.

Doch schon jetzt können wir eine Reihe Kolleginnen und Kollegen für die RGÖ gewinnen, das zeigen die Betriebe, wo aktive Betriebsgruppen der RGÖ arbeiten. Leider sind das nicht so besonders viele. Oft laufen RGÖ-Kollegen so nebenher oder werden überhaupt nicht betreut wie eine mir bekannte Betriebsgruppe von Kollegen.

Ziel unserer Gewerkschaftspolitik muß es sein, alle oppositionellen und klassenkämpferischen Kollegen, die den reformistischen Charakter der Gewerkschaftsbürokratie erkannt haben und die eine klassenkämpferische, revolutionäre Gewerkschaftspolitik praktizieren in einer Organisation mit den politischen Grundsätzen der RGÖ — klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik und bundesweite Organisation — zusammenzufassen. Das wird voraussichtlich nicht unter dem Dach der RGÖ geschehen.

Daraus darf nicht die Schlußfolgerung abgeleitet werden, nun sei die RGÖ unwichtig, ganz im Gegenteil. Je stärker die RGÖ ist, desto größer ist der Einfluß, den die RGÖ und mit ihr die KPD geltend machen kann, um in absehbarer Zeit (vielleicht zwei Jahren) dieses Ziel zu erreichen.

Eine starke RGÖ kann die Zusammenarbeit mit anderen klassenkämpferischen und revolutionären Gruppen und Kollegen vorantreiben. Eine starke RGÖ kann bei einem Zusammenschluß zu einer umfassenden klassenkämpferischen, revolutionären und bundesweiten Opposition ihre taktischen Ansichten ihrer Stärke entsprechend einbringen. Darum, liebe Genossinnen und Genossen, ist RGÖ-Arbeit Parteiarbeit.

Hans aus Leverkusen

Achtung! Betrifft: Literatur aus Albanien

Liebe Leser, ab 1. März 1984 wird der Verlag Roter Morgen den Vertrieb von Büchern und Zeitschriften aus der SVR Albanien an die Deutsch-albanische Freundschaftsgesellschaft DAFG abgeben. Leider sind wir aufgrund der Kostensituation zu diesem Schritt gezwungen.

Da die DAFG schon seit vielen Jahren einen sehr guten und bewährten Literaturvertrieb betreibt, sind wir sicher, daß Ihre Bestellungen dort in guten Händen sein werden.

Wenden Sie sich also bitte an
Deutsch-albanische Freundschaftsgesellschaft
Sekretariat
Postfach 7622
2000 Hamburg 20

Spendenliste

In der letzten Woche sind folgenden Spenden bei uns eingegangen:

Spenden für die Partei	
LBV Weser-Ems	335,—
H.K., Westberlin	500,—
H.A., München	200,—
Insgesamt	1035,—

Damit sind bisher für die Partei insgesamt 7636,50 DM bei uns eingegangen.

Spenden für den Roten Morgen

H.D., Dören	10,—
P.K., München	1000,—
C.H., München	26,—
J.H., Coburg	10,—
M.P., Duisburg	30,—
Insgesamt	1076,—

Damit sind bisher für den RM 1784,95 DM bei uns eingegangen.

Spenden für den Roten Rebellen

R.H., München	7,—
---------------	-----

Damit sind bisher für den Roten Rebellen 158,— DM bei uns eingegangen.

Spenden für die 35-Stunden-Wochen-Kampagne

H.Z., Westberlin	50,—
------------------	------

Damit sind bisher 2400,— DM für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden. Schönen Dank.



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ...
ab Nr.

Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM

☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM
☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname
 Straße
 PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
 Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290
 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeiterpolitik in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert
- und kritisiert



ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Volkskorrespondenz aus Bremen

Wende in der Gesundheitspolitik

Allerorten werden wir mit „Wenden“ geplagt. Sehen die „hohen“ Herren auch einen Silberstreifen am Horizont, den die Arbeiter nicht mit „maßlosen Forderungen“ kaputt machen dürfen, schaut es für uns noch nicht mal rosig aus.

Die Profite mehrten sich und um die zu sichern, gehen die Unternehmer wie mit „Dampfwalzen über Schneeglöckchen“ über unsere Belange — und nicht etwa umgekehrt, Herr Blum!

So z. B. bei der Ausbildung in der Krankenpflege. Nicht nur Planstellenabbau, Kostendämpfung, nein, logisch sind die Herren! Ohne genügend examiniertes Personal ist's schlecht auszubilden, also ...

Versicherte uns die Bremer CDU im letzten Jahr noch: sie werde sich besonders 1984 dafür einsetzen, „dem Schlagwort“ Humanität im Krankenhaus Inhalt zu geben und zu einer Krankenhausversorgung zu kommen, die den Patienten dient und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für das Personal schafft, bald werde die Berliner CDU einen Gesetzesentwurf aus, der das Maß vollmacht.

Sie betätigen sich als Dampfwalze und machen, ohne mit den Wimpern zu zucken, die zarten Pflänzchen des Berufsbildes der Berufe in der Krankenpflege platt. Erst seit 1969 gibt es ernstzunehmende Bestrebungen, die Ausbildung der Krankenpflegeberufe dem Berufsbildungsgesetz anzugliedern.

Ja, ihr lest völlig richtig. Erst seit 15 Jahren gibt es in dieser aufgeklärten Gesellschaft konkretere Vorstellungen über Ausbildungsziel und Berufsbild in diesem Bereich! Schon jahrzehntelang gibt es die Gewerkschaften, und die Arbeiter und Angestellten haben sich man-

ches von den Kapitalisten erkämpft. Aber in diesen Berufen schwebte der Geist Florence Nightingale's durch alle Kliniken in dieser unserer Republik. Das bedeutete keinerlei gewerkschaftliche Betätigung, aufopferungsvolle Hingabe bis zur Selbstaufgabe. Dieser Geist ist natürlich noch nicht vollends beseitigt. Und nun erinnern sich die Herrschaften, wie bequem und gut es doch ist, so etwas zu fördern. Also legen sie einen Gesetzentwurf vor, der es ermöglicht, daß die alten Zustände wieder fröhlich Urständ feiern.

Dieser „Entwurf eines Gesetzes über Berufe in der Krankenpflege“ vom Mai 1983 berücksichtigt in keinem Fall die Erfahrungen, die in den letzten 15 Jahren gemacht wurden. Da wurde nämlich deutlich, daß das Berufsbildungsgesetz (BBiG) noch immer nicht vollständig angewendet wurde. Das machte und macht sich besonders daran bemerkbar, daß Ausbildung und Ausbildungsziel weit auseinander klaffen. Ist der theoretische Unterricht massiv, läßt die praktische Ausbildung zu wünschen übrig.

Auch wenn in Bremen als einzigem Bundesland die Auszubildenden noch nicht offiziell auf den Stellenplan angerechnet werden, halten sie in der Praxis oft den Stationsbetrieb mit aufrecht.

Anstatt daß diese Leute nun sich das BBiG schnappen, die Erfahrungen zusammentragen und aufgrund dessen ein neues Krankenpflegegesetz verabschieden, lassen sie alles fallen.

Alle Rechte den Unternehmern — nach diesem Motto wurde der Entwurf erarbeitet.

Den Auszubildenden und Trägern von Einrichtungen wurden Gummibestimmungen vorgelegt. Sie brauchen nur Räumlichkeiten und fachliche Einrichtungen zu schaffen — dann können sie ausbilden.

Jedlicher Schutz der Auszubildenden fällt weg. Es wird sogar extra in § 27 festgestellt, daß das BBiG nicht zur Anwendung kommt. Da wird also, wie unsere Gewerkschaft ÖTV feststellt (wo sie Recht hat, hat sie Recht) „die Ausbildung ins berufspolitische Niemandsland gestellt“. Jawohl, die Auszubildenden in der Krankenpflege sind, wenn das Gesetz verabschiedet wird, billige Arbeitskräfte. Die Qualität der Ausbildung hängt dann vom guten Willen und den fachlichen Einrichtungen des Trägers ab.

Ja, und warum befehligen sich diese Herren so sehr, in den §§ 12 - 22 ausführlich Bestimmungen über Auszubildenden darzulegen, wenn die §§ samt und sonders nicht für die „öffentlich-rechtlichen“ Dienstverhältnisse gelten? Also alle Kliniken unter Leitung von Gemeinden und Ländern betrifft das nicht. In § 23 wird das ausdrücklich betont und nicht etwa geregelt, daß alles Nähere Ländersache ist — wie sonst üblich.

Ein Verdacht drängt sich auf und nimmt Gestalt an — Privatisierung! Die Wirtschaftsprüfungen im vergangenen Jahr in den Bremer Kliniken waren der Anfang.

Wie war's denn, wenn wir so Einrichtungen wie Bremer Krankenhaus Ost GmbH o.ä. hätten?

Das wäre doch die Entlastung für den öffentlichen Geldbeutel. In privaten Krankenhäusern dürfen wir dann auch selbst für die Kosten aufkommen und das Werbefernsehen ist um eine Variante reicher:

„Medizin, Pflege und Kost gesund werden Sie im Krankenhaus Ost!“

Meine Güte, wie krank ist doch dieses System!

Eine Auszubildende in der Krankenpflege

dem Motto: „Wir können doch auch nichts machen!“

Ja, sagt mal, können wir uns solche Leute leisten, die ganz anständige Gelder einstreichen, aber doch nichts machen können? Die Frage, ob wir da nicht kostendämpfend eingreifen sollen und die Stelle des Senators einsparen, stellt sich offenbar für den ganzen Senat? Aber nun Schluß mit der Häm.

Wir werden uns weitere Schritte überlegen, wie wir erreichen können, daß nicht alle unsere Kollegen ins Arbeitslosendasein abgeschoben werden und resignieren.

Anstatt, daß der Senat die dringend erforderlichen Planstellen schafft (nicht „nur“, um den gerade Ausgebildeten Arbeit zu geben), kommt ein Mensch vom Arbeitsamt und rät den Kollegen: Gehen Sie doch in die Altenpflege. Auf die Frage, wo denn da eine Stelle frei sei — Schulterzucken.

Statt dessen werden Anträge auf Arbeitslosengeld verteilt. Wir sollen 50 Prozent unseres zukünftigen Nettoverdienstes bekommen. Das sind ca. 550,- Mark.

Es lebe der Wohnfahrtsstaat! Es lebe der Wohlstand!

Eine Auszubildende in der Krankenpflege

Protest von SPD-Bürgermeistern: Wie ernst gemeint?

Gemeindekassen unter Druck — das knappe Geld für wen?

Günter Samtlebe, OB von Dortmund und Präsident des Deutschen Städtetags, erhob, namens der Gemeinden, heftigen Protest. Dagegen, daß die Bonner Finanzpolitik die Gemeindekassen immer mehr unter Druck bringt, Zuweisungen und Steueranteile absolut gesehen abnehmen, während die Ausgaben wachsen — müßten. Und sicher: Dieser Protest ist gerechtfertigt, die von Samtlebe kritisierte Politik ist eine Tatsache. Sie war es schon vor dem Bonner Regierungswechsel, sie ist es nun noch viel mehr. Aber das beantwortet noch lange nicht die Frage, was mit dem knappen Geld gemacht wird, wie die Haushalte der Städte aussehen, und, was wir hier machen wollen, wie es beispielsweise damit bei Günter Samtlebe selbst, in Dortmund aus-

sieht. Die Frage, die man an diejenigen sozialdemokratischen Bürgermeister, die diesen Protest teilten, bzw. organisierten, richten muß, ist doch die, was sie tun, um mit ihren Mitteln tatsächlich eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber der Bonner Linie zu betreiben. Natürlich ist es eine Tatsache, daß der Spielraum hier, durch die Rolle, die die Städte und Gemeinden per Gesetz und Staatsaufbau haben, relativ gering ist. Aber dann muß eben gefragt werden, wie denn der vorhandene Spielraum ausgenutzt wird.

Sicher: Man kann über einen Stadthaushalt wie den Dortmunds wahrlich viel sagen, denn da sind zahllose Aspekte, Kolonnen von Einzelausgaben beinhaltet, von denen verschiedenste einer näheren Betrachtung wert wären. Wir wollen uns

wollte man wirklich eine Alternative zur Bonner Politik verwirklichen, gerade in umgekehrter Richtung gearbeitet werden, über Moratorien und ähnliches verhandelt werden — der Möglichkeiten wären da mehrere, die hier nicht auszuführen sind.

Als zweites steht die Frage, wie denn dieser Überschuss erreicht wurde: Durch serienweise und mehrere Jahre hintereinander erfolgte Kürzungen in erster Linie. Das gilt sowohl für das „Abschmelzen“ (klingt gut?) von Arbeitsplätzen (1100 waren für letztes Jahr, 800 sind für dieses Jahr geplant), was ganz direkt zu Lasten verschiedener sozialer Einrichtungen (Kindergärten vor allem, aber auch Jugendhilfe im allgemeinen usw.), als auch für zahlreiche sogenannte Sacheinsparungen, die faktisch in allen solchen Berei-

wohl in jeder Stadt ein ähnliches Lied gesungen werden kann — ist die gesamte sogenannte Wirtschaftsförderungspolitik. Ein zutreffender Name nur dann, wenn man darunter Förderung der Eigentümer dieser Wirtschaft versteht. Dies hat sich in Dortmund ganz deutlich im letzten Jahr gezeigt, als der Textilbetrieb Nona geschlossen werden sollte, die Frauen Kampfaktionen organisierten, und die Stadt einen neuen Kapitalisten für sie fand — angelockt mit zahlreichen städtischen Vergünstigungen und verbunden mit der Aufforderung an die Frauen, mehr und schneller für weniger Geld zu arbeiten, was sie nicht taten, weshalb der feine Herr Steilmann sich wieder zurückzog, während der SPD-Organisator der Wirtschaftsförderung nichts anderes zu tun hatte als die Frauen zu beschimpfen, (was in SPD-Kreisen teilweise auf heftigen Widerspruch stieß, nicht aber im Rat der Stadt). Verschiedene Straßenbauten für Hoesch und Orenstein hatten dies in der Vergangenheit schon sehr deutlich gemacht — da ist kein Unterschied zu finden zu der Art Wirtschaftsförderung, wie sie auch die CDU betreibt, oder betrieben sehen will. Gute Profitancen schaffen, das ist Dortmunder Arbeitsbeschaffungspolitik. Die eigenen städtischen Investitionen hat man dagegen erst letztes Jahr um rund 50 Millionen Mark herabgefahren, jetzt soll auf ehemaligen Union-Gelände dafür erneut im bekannten Stil „gefördert“ werden. Dafür gäbe es wie gesagt noch zahllose Beispiele: Samtlebe läßt sich mit den „Bergarbeiterfrauen gegen Zechenschließungen“ fotografieren, aber zur selben Zeit setzt er sich massiv für den HTR in Hamm ein, unter dem alten SPD-Motto, Kohle und Kernkraft hätten nur gemeinsam eine Zukunft — die von Gneisenau ist schon beendet.

Und das alles heißt eben, und das ist der vierte Aspekt der Sache, daß man keinerlei reale Anstrengungen unternimmt, wirklich eine Alternative zur Bonner Politik zu zeigen und zu verwirklichen, auch nicht im durchaus möglichen Rahmen, sondern eine Haushaltspolitik macht, die sich in nichts grundlegend von der der CDU unterscheidet. Schon gar nicht eine, die dagegen bestimmte Pflöcke einschlagen würde.

Obwohl es dazu nicht nur finanziell, sondern auch von der Struktur her durchaus Möglichkeiten gäbe, aufbauend auf Kohle und Stahl. Hierzu gibt es verschiedenste Vorschläge, die bisher in der Regel auf dem betreffenden Unterbezirksparteitag „gekippt“ wurden — wobei ein UB-Beschluß, daß zeigt jede Erfahrung, noch lange nichts heißen muß für die praktische Politik im Rat. Samtlebes Proteste als ernstgemeint zu beurteilen, hieße also schon, sich von einer Schuldzuweisung leimen zu lassen. Die Stadt Dortmund könnte anders. Die SPD-Mehrheit (57 Prozent ca. bei der letzten Wahl) will nicht.



hier auf vier Aspekte beschränken, die aber unserer Meinung nach ausreichen, die eingangs gestellte politische Frage zu beantworten.

Die städtische Ausgabenpolitik in Dortmund ist seit 81 von Kürzungen im Bereich sozialer und gesellschaftspolitischer Aufgaben gekennzeichnet, während andererseits massive Gebührenerhöhungen Tatsache sind. Dadurch wurde im letzten Jahr ein Einnahmeplus von 25 Millionen Mark erreicht. Nahezu einzigartig heutzutage und Geld, mit dem man was „anfangen“ könnte.

Aber dieser Überschuss wurde anderweitig verwandt: Zur Bezahlung von Zins und Tilgung der städtischen Schuld, sprich; es soll in die Tresore der Banken fließen. Bereits 1982 waren an Zinsen und Tilgung über 84 Millionen Mark zu bezahlen, auch hier ist die städtische Verschuldung ein Profitquell für die Banken, aufgrund der Dortmunder politischen Verhältnisse nicht zuletzt für die Bank für Gemeinwirtschaft. Für diese Beschleunigung der Bezahlungen der Bankschulden gibt es keinerlei echten Grund — außer der politischen Priorität, die diese offensichtlich eben bei der Dortmunder SPD-Ratsfraktion genießt. Stattdessen müßte,

chen des Stadthaushalts vorgenommen wurden. Dies wurde ergänzt durch „Rundumschläge“ bei den Gebührenerhöhungen städtischer Dienstleistungen.

Dagegen seien als Beispiel für Ausgabensteigerungen bzw. Einnahmerückgang nur folgende drei Punkte aufgezählt: In den letzten drei Jahren stiegen die Ausgaben für Mietzahlungen der städtischen Stellen um eine auf 7 Millionen Mark im Jahr, die Bezahlung der Fraktionsgeschäftsstellen der Parteien durch die Stadtkasse stieg auf immerhin 1,3 Millionen, während die Zahl der Gewerbesteuer zahlenden Betriebe auf gerade noch 28 Prozent absank, was im Dreijahreszeitraum Millionenausfälle bedeutete.

Auch hier gäbe es ja grundsätzlich andere Möglichkeiten: nicht nur bezüglich der Besteuerung kapitalistischer Wirtschaft, sondern auch, und dies in vielen Bereichen, die Abschaffung, Streichung gänzlich überflüssiger, machtpolitisch oder einflußmäßig bestimmter Ausgaben wie etwa die erwähnte Finanzierung der Fraktionsgeschäftsstellen.

Ein weiterer Punkt — der eigentlich sehr ausgedehnt zu betrachten wäre, und von dem

Des Senators Sorge:

„Wie streiche ich den Etat zusammen?“

Volkskorrespondenz aus Bremen

Der Wahlkampf ist noch nicht ganz verklungen, da kommt schon der erste Hammer: **Einstellungstopp** im öffentlichen Dienst! Seit dem 1.2.83 gibt es im Lande Bremen eine Dienstanweisung: Keine freierwerbende Planstelle darf mehr mit einer Neueinstellung besetzt werden. Die Leitungen der Kliniken, Schulen, Kindertagesstätten usw. müssen begründen, wenn eine Planstelle unbedingt besetzt werden muß.

Keine drei Monate ist dieser Beschluß alt, da regen sich die ersten massiveren Proteste.

Am 28.2. machen alle Kindertagesstätten dicht, um in Aktionen auf die Misere aufmerksam zu machen.

Im Sommer 84 wird in Bremen eine Klinik ganz geschlossen. Allen, die im Findorffer Krankenhaus arbeiten, wurde von Herrn Brückner (seines Zeichens Gesundheits-senator) gesagt: Alle erhalten in anderen Bremer Kliniken Arbeitsplätze, auch wenn es Doppeltbesetzungen gäbe.

Nanu, wo nimmt er denn plötzlich die Planstellen her?

Hat er nicht, aber er muß es sagen und tun, was wäre das sonst für eine Wut!

Doch für die 80, die jetzt erfolgreich ihre Ausbildung beenden, soll es keinen Arbeitsplatz geben.

Der Personalrat der Klinik Bremen-Ost macht anständige Arbeit und engagiert sich für die 20, die in Ost ausgebildet wurden. Da ist noch Hoffnung!

Aber die 60 aus der St.-Jürgen-Straße bekamen schon bescheid: „Ist nicht.“ Auf einer Vollversammlung am 22.2. machten sich viele Auszubildende auch der anderen Semester Luft und um 2.00 Uhr beschlossen sie, dem Senator auf die Pelle zu rücken. Mit 80 Leuten zogen sie durch die Stadt zum Senat. Herr Brückner hatte natürlich anderweitige wichtige Verpflichtungen, also kamen die Stadtoberin Frau Teschner und Herr Euler. Beide klopften leere Sprüche und suchten die bösen Kollegen zu beruhigen, so nach

Eine erfolgreiche Bilanz und positive Perspektiven

Zahlen, Daten, Fakten aus dem albanischen Staatshaushalt

Korrespondenz aus Tirana

Tirana, 4. 2. 84

Liebe Genossen!

Ende Dezember vorigen Jahres tagte die Volksversammlung der SVRA. Im Namen des Ministerpräsidenten erstattete der Finanzminister Qirjako Mihali einen Bericht über die Erfüllung des Plans und Staatshaushaltes 1983 und den Planentwurf und Staatshaushaltentwurf 1984.

Diesem Bericht habe ich einige Angaben entnommen und für die Veröffentlichung und im RM zusammengestellt. Auch wenn es vielleicht nicht immer ganz leicht ist, diese Angaben richtig einzuordnen, so denke ich doch, daß man sich durch sie insgesamt einen recht guten Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens verschaffen kann.

Qirjako Mihali stellt fest, daß die sozialistische Reproduktion in Albanien gestiegen ist. Auf der Grundlage des weiteren Wachstums des gesellschaftlichen Gesamtproduktes, des Nationaleinkommens und größerer Investitionen als 1982, wurde die materielle und technische Basis der Industrie, der Landwirtschaft, vieler Zweige der Wirtschaft und Kultur weiterhin konsolidiert. Das Lebensniveau der werktätigen Massen wurde verbessert und es wurden Schritte zur Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land getan.

Trotz des Defizits, das sich bei der Produktion der Elektroenergie mit Wasserkraftwerken ergab, (aufgrund einer zweijährigen Trockenheit sind die Wasserreserven zurückgegangen, so daß die Stromlieferungen an Jugoslawien für einige Zeit unterbrochen werden mußten, die im Dezember vorigen Jahres wieder aufgenommen wurden), ist die Industrieproduktion weiterhin angewachsen. Zum Teil in sehr hohem Tempo: Steinkohleindustrie um 8,4 Prozent, Stahlproduktion um 29 Prozent, Leichtindustrie um 6,4 Prozent, Lebensmittelindustrie um 4 Prozent.

In der Landwirtschaft wurden 1983 die besten Ergebnisse dieses Fünfjahresplans erzielt. So war die landwirtschaftliche Gesamtproduktion um 9 Prozent größer als 1982.

Für die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur wurden 4,875 Milliarden Lek investiert, rund 4 Prozent mehr als 1982.

Die Bautätigkeit wurde verbessert, 10500 Wohnungen hat man 1983 fertiggestellt.

Das Realeinkommen stieg pro Kopf der Bevölkerung um mehr als 4 Prozent.

strebten Umwandlung.

Das Augenmerk in der Landwirtschaft richtete man auf Konzentration und Spezialisierung nach landwirtschaftlichen Kulturen, insbesondere in den vorrangig zu intensivierenden Zonen, also weniger in den Berggebieten.

Mit den Aufgaben für die Entwicklung der Wirtschaft und



Neue Wohnviertel im sozialistischen Albanien, hier in der Stadt Fieri.

Sowohl die Kaufkraft als auch die Warenzirkulation stiegen um 6 Prozent.

Es wurden Maßnahmen zur Vervollkommenheit der sozialistischen Produktionsverhältnisse angewandt. Landwirtschaftliche Genossenschaften in den vorrangig zu intensivierenden Zonen, (das sind vor allem die im Flachland, denn hier ist eine Ertragssteigerung besser zu realisieren), haben, was die Investitionen betrifft, den gleichen Status wie landwirtschaftliche Genossenschaften höheren Typs. Ferner begann mit der Umwandlung der landwirtschaftlichen Betriebe Plasa und Greçallia — von landwirtschaftlichen Genossenschaften höheren Typs in Staatsbetriebe — der Prozeß dieser allgemein ange-

Kultur 1984 wird auch das materielle und kulturelle Lebensstandard wachsen, wobei auch Unterschiede zwischen Stadt und Land verringert werden.

In der Industrie soll die Produktion um voraussichtlich 8,5 Prozent gegenüber 1983 steigen. An erster Stelle steht die Energiewirtschaft, und hier vor allem die Erdölindustrie, die 1983 hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Hier werden höhere Investitionen und Devisenausgaben vorgenommen als ursprünglich für das Jahr 1984 vorgesehen waren.

Des weiteren soll die Steinkohleförderung um 15,5 Prozent größer sein als 1983, die Elektroenergieproduktion soll steigen, die Förderung von Chrom und Kupfererz, die Stahlproduktion und die Erzeugnisse der chemischen Industrie sollen sich erhöhen. Bei letzterem soll der Zuwachs vor allem durch eine bessere Auslastung der Produktionskapazitäten erreicht werden.

Neben der Entwicklung der Schwerindustrie schenkt man der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie besondere Aufmerksamkeit. Das Volumen der Konsumwarenproduktion soll um 6,4 Prozent ansteigen. Ebenfalls soll die Warenstruktur verbessert werden.

Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion sieht ein Wachstum von mehr als 14 Prozent gegenüber 1983 vor. Die Produktion von Brotgetreide soll um 7,3 Prozent steigen. Das bedeutet, daß im Durchschnitt 34 dz Weizen pro ha geerntet werden (1983 waren es 31 dz). (Zum Vergleich: 1981 lagen die

Erträge in der EG bei 36—38 dz/ha und in den RGW-Ländern bei 16—18 dz/ha. Aus: Der Fischer Weltalmanach '83, S. 859).

Besondere Aufgaben werden an die Viehzucht gestellt. Die Fleischproduktion (hier gab es in der Vergangenheit durch Fehlschlachtungen einige Mängel) soll um über 17 Prozent anwachsen, die Milchproduktion um 15 Prozent.

Das Verkehrswesen wird um 4,8 Prozent größer werden. Der Anteil des Eisenbahnverkehrs am gesamten Transportvolumen wird 49 Prozent betragen, das sind 4 Prozent mehr als im Fünfjahresplan für 1984 vorgesehen waren.

Die staatlichen Investitionen werden die Hauptstützen sein, um den Plan 1984 zu realisieren. Der größte Teil der Investitionen geht in die Entwicklung der Produktionssphäre. In Industrie und Landwirtschaft werden 77 Prozent der gesamten staatlichen Investitionen fließen.

Das durchschnittliche Realeinkommen wird sich um 3,7 Prozent gegenüber 1983 erhöhen. Auf dem Land soll es allerdings um 4,9 Prozent steigen.

Die Schülerzahl der verschiedenen Schulkategorien (einschließlich Studenten) soll sich auf 726000 (die Einwohnerzahl Albaniens beträgt etwa 2,8 Millionen) erhöhen.

Der Staatshaushalt wird um 9,5 Prozent wachsen. Basis für diesen Anstieg ist die Steigerung der Produktion und vor allem Kostensenkungen, wodurch voraussichtlich 70 Prozent des Nettogewinns der Betriebe gesichert werden.

55,3 Prozent des Staatshaushaltes sind für die Finanzierung der Wirtschaft vorgesehen, 26,2 Prozent für soziale und kulturelle Maßnahmen und 11 Prozent zur Verteidigung des Landes.

Als eine der wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsplans werden die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialistischen Produktionsverhältnisse angesehen. Das sind insbesondere Verbesserungen der Austauschverhältnisse zwischen Stadt und Land, Maßnahmen für die vorrangig zu intensivierenden Zonen und die Vergrößerung der Möglichkeiten der für die Viehzucht bestimmten landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Realisierung der Planaufgaben und des Staatshaushaltes wird eng mit der Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsproduktivität betrachtet. Durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sollen 1984 52 Prozent des Zuwachses des gesellschaftlichen Gesamtproduktes gesichert werden. 1984 werden 27000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Soweit die interessantesten Zahlen aus dem Plan und Staatshaushalt der SVRA 1984. Wer sich für die Rede von Qirjako Mihali interessiert, sie wird auszugsweise in „Albanien Heute“ Nr. 1 veröffentlicht werden. Viele Grüße M. R., Tirana

Danktelegramm

An das ZK der KPD
An Genossen Horst Dieter Koch,
Vorsitzender der KPD

Wir drücken Ihnen unseren herzlichen Dank für das Mitgefühl aus, das Sie über den Tod unseres unvergeßlichen Genossen Myslym Peza gezeigt haben. Ihre Ehrung für Genossen Myslym Peza ist für uns ein Ausdruck der internationalistischen Freundschaftsgefühle für das albanische Volk und die Partei der Arbeit Albaniens.

Enver Hoxha

1. Sekretär des
Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
Tirana, den 28. Februar 1984

FRAUEN FRAGEN in Albanien FRAUEN

Liebe Frauen!

Wer möchte in diesem Herbst zusammen mit anderen Frauen Albanien kennenlernen? Wir (einige Frauen der Frauengruppe Kiel) wollen mehr über das Leben der Frauen in einer anderen Gesellschaftsordnung erfahren.

Das sozialistische Albanien ist nicht das Himmelreich auf Erden. Mit solchen Erwartungen sollten wir nicht hinfahren. Aber es hat sich in Albanien nach seiner Befreiung 1944 vieles getan — besonders für die Frauen. Albanien war einst das Armenhaus Europas. Frauen hatten keinerlei Rechte und waren der Gerichtsbarkeit des Mannes unterworfen. Zwangsheiraten waren üblich und je nach Religion mußten die Frauen verschleiert gehen... Wir selbst werden sehen können, was sich alles verändert hat.



Wir bieten an:

- Eine Informationsreise quer durch Albanien, von Shkodra im Norden bis Korça im Südosten.
- Besichtigung von Fabriken und Dörfern, Kindergarten und z. B. Gesundheitszentrum, Museen und Ausstellungen usw.
- Bummel durch einige der schönsten Städte Albaniens.
- Standquartier in Tirana, dem Zentrum des Landes.
- Gespräche mit Fabrik- und Landarbeiterinnen, Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Positionen — überhaupt, wo wir hinkommen, Kontakte mit Frauen.
- Eine Reise, bei der ihr ganz wenig Taschengeld braucht, weil alles für den täglichen Bedarf sehr billig ist.

Anbieten können wir zum Glück nicht:
• Pornos, frauenfeindliche Werbung, Anmache auf der Straße oder in Lokalen, Schwarzmärkte, Trinkgelder.

Noch wichtig: Das Programm wurde von uns selbst ausgearbeitet und mit der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. organisiert. Eine Reiseleiterin von uns ist dabei und in Albanien natürlich Dolmetscher. Kinder können mitgenommen werden, allerdings sind die Ausflüge für Kleinkinder sehr anstrengend.

Vorgesehen sind Exkursionen nach/in Tirana, Durrës, Berat, 3-Tages-Fahrt Elbasan - Pogradec - Korça (2 Übernachtungen) - Kruja - Lezha und Shkodra. Standquartier in Tirana (Hotel-Kategorie A) Preis 1413,50 DM.

Reiseweg: Anreise mit JAT-Linienflug ab Frankfurt/M. (Abflug am späten Nachmittag) - Belgrad (Zwischenübernachtung) - Tirana/Rinas - Bustransfer nach Tirana. Rückreise: Bustransfer nach Titograd (Zwischenübernachtung) Flug mit JAT-Linienmaschinen nach Frankfurt/M. (Ankunft gegen Mittag). Wahlweise Abflug von München möglich.

Anmeldeschluß: 6 Wochen vor Abreise.

Termin 8.—21. Oktober 1984.

Bei weniger als 21 Teilnehmerinnen erhöht sich der Preis um 110,— DM.

Wenn ihr mehr wissen oder euch gleich anmelden wollt, wendet euch direkt an die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V., Postfach 19-7622, 2000 Hamburg 19, Tel.: (040) 850 2736 oder an Ursula Stich, Damaschkeweg 48, 2300 Kiel, (0431) 651217.

FRAUEN FRAGEN in Albanien FRAUEN



ALBANISCHE HEFTE

Die Zeitschrift der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft, die auch für Nichtmitglieder interessante, vielfältige Informationen über das sozialistische Land bietet, berichtet in ihrer neuesten Nummer u.a. über:

3 Tage mit der „U 21“-Fußballmannschaft Albaniens / Gespräch mit dem Schriftsteller Gago Bushaka in München / In der Rubrik „Albanien Rundschau: Über die Weizenerte“ / In der albanischen Presse geblättert / Chronik internationaler Aktivitäten / Erklärung zum Zypern-Problem u.a. / Im Kunst- und Kulturteil über Impressionen vom Folklore Festival / „Ge-

neral der toten Armee“ verfilmt / Zeitgeschichte: Industrialisierung — räumliche und bevölkerungsgeographische Aspekte.

Viel Wissenswertes bieten dann noch die Rubriken: Bücher und Zeitschriften / Aus dem Vereinsleben / Schach.

Die Zeitschrift, mit einem ausführlichen Register aller Kontaktadressen der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG) ist zum Preis von 2,50 DM (zuzügl. Porto, Abonnement 10,00 DM, 4 Ausgaben pro Jahr) zu beziehen über: Sekretariat der DAFG, Rüdiger Pier, Postfach 197622, 2000 Hamburg 19

Bergarbeiterstreik in Frankreich

20000 Bergleute demonstrierten am vergangenen Freitag in Paris gegen den Arbeitsplatzabbau in den staatlichen Kohlegruben. Aus den drei großen Revieren des Landes waren die Bergarbeiter, zum größten Teil mit ihren Familien zu einem Sternmarsch in die Hauptstadt gekommen. Ihre Losungen waren: „Nein zur Liquidierung der Kohle“ und „Kumpel ja, arbeitslos nein“.

Mit dieser Demonstration protestierten die Bergleute gegen Pläne vor dem Sitz der staatlichen Kohlegesellschaft Charbonnages de France, die mit Billigung der Regierung Mitterrand mindestens 6000 Arbeitsplätze vernichten will.

Die Gewerkschaften



laufen zu Recht Sturm gegen diese Pläne, ein Streik aufruf wurde in den Gruben der Provence und im östlichen Lothringen — die am

schärfsten betroffen sind — fast ausnahmslos befolgt, auch in den nordfranzösischen Kohlegruben streiken die meisten

Kumpel. Unser Bild zeigt Teilnehmer der Demonstration vom vergangenen Freitag.

Gemayel bei Assad

Keine Lösung für den Libanon

Libanons Präsident als Bittsteller in Damaskus

Bonn, 1.3.1984. Der noch amtierende libanesischen Staatspräsident Amin Gemayel hat sich in die Höhle des Löwen („Assad“) nach Damaskus begeben. Gemayel hat begriffen, daß die Rettung seines Regimes nicht von den Amerikanern und auch nicht von den Israelis zu erwarten ist. Letztere hatten erklärt, sie seien nicht die Verbündeten Gemayels. Erstere hatten mit dem jetzt erfolgten Abzug ihrer Marines das Scheitern ihrer Libanonpolitik eingestehen müssen. Während US-Verteidigungsminister Weinberger in Beirut auftauchte, hatte sich Gemayel bereits auf den Weg nach Damaskus gemacht. Nichts zeigt deutlicher, wer gegenwärtig die Fäden im Libanon in der Hand hält. Auch die Forderungen der libanesischen Opposition nach einem Rücktritt Gemayels sind zumindest vorläufig verstummt. Daß Gemayel mit allen protokollarischen Ehren von einem offensichtlich aufgekratzten Assad empfangen wurde, legt die Vermutung nahe, daß Assad seine Trümpfe sehr genau auszuspielen weiß. Die Aufkündigung des israelisch-libanesischen Abkommens vom Mai 1983 dürfte Gemayel lediglich das Entree verschafft haben. Assad wird eine deutliche Unterscheidung zwischen der Rolle der syrischen Truppen im Libanon und der israelischen Besatzungsmacht im Süden verlangen. Welche der von der libanesischen Opposition geforderten Verfassungsänderungen Assad bei Gemayel durchsetzen will, bleibt vorerst offen.

Die Gespräche des libanesischen Präsidenten Amin Gemayel mit dem syrischen Präsidenten Hafis el-Assad in Damaskus in der vergangenen Woche waren eine politische Bankrotterklärung Gemayels. Seine Zusagen an Assad, der sich mit Vorherrschaftsansprüchen schon lange offen militärisch in den Libanon-Konflikt einmischt, sind der letzte Versuch des libanesischen Präsidenten, sein Amt zu erhalten — die Macht hat er schon lange nicht mehr.

Daß diese Gespräche keinerlei Sicherheit oder positive Perspektiven für das Land bedeutet, das schon lange von einem mörderischen Krieg erschüttert wird, meint auch die Informationsstelle Palästina, deren „Palästina-Bulletin“ wir den folgenden Artikel „Gemayel bei Assad“ entnommen haben.

Gemayel, Präsident von US und Israels Gnaden, verdankt sein bisheriges Scheitern zweifelsohne vor allem der Kurzsichtigkeit us-amerikanischer und israelischer Nahost-Politik. Jene hatten die Vertreibung der PLO aus dem Libanon als Voraussetzung einer Neuordnung und Befriedung des Libanon im Auge. Doch es erwies sich bald sehr deutlich, daß nicht die PLO, wie vor 1982 stets behauptet, Ursache und Hauptbeteiligte des libanesischen Bürgerkrieges war. Der unhaltbare Vorherrschaftsanspruch der maronitisch-falangistischen Clans, ihre politischen und wirtschaftlichen Privilegien, die Unterdrückung der schiitischen Mehrheit sowie anderer religiöser Minoritäten im Lande, aufrechtzuerhalten nur mit us-amerikanischer und israelischer Schützenhilfe, führten zurück zu den libanesischen Ursprüngen von Krise und Bürgerkrieg. Und offenbarten damit gleichzeitig das Scheitern der Libanonpolitik der US-Administration, die mit dem israelischen „Terrorismus-Schema“, der Naivität einer

selbstgewählten Gut-Böse-(West-Ost-)Relation den komplizierten und komplexen Ursachen der libanesischen Krise nie auch nur annähernd gerecht werden konnte. Von dieser Western-Film-Mentalität war der Weg nur kurz zu einer militärischen und politischen Unterschätzung der libanesischen Oppositionsfront und ihres syri-

Damaskus wird der Konflikt vorerst wieder in arabische Hände gelegt. Ob damit eine dauerhafte Lösung erzielt werden kann, muß mit Vorsicht beurteilt werden. Die Gegner in den eigenen Reihen des libanesischen Staatspräsidenten, die Milizen der „Forces Libanaises“ unter Fadi Frem und die verbliebenen Chamounisten, haben Widerstand gegen die Kündigung des israelisch-libanesischen Abkommens in Aussicht gestellt. Ob das mehr ist als nur ein Hilferuf an die USA und Israel, muß sich erst noch erweisen. Daß sie sich indes eher mit einer Teilung des Libanon abfinden würden, als Privilegien und Macht aufs Spiel zu setzen, macht eine Lösung der libanesischen Krise nicht eben leichter. Gemayel als Präsident von Syriens Gnaden wäre eine Kom-



Gestern noch Todfeinde — heute Partner? Gemayel (links) bei Assad in Damaskus.

schen Verbündeten. Die amerikanischen US-Soldaten haben mit mehr als 250 Toten dafür ihren Preis bezahlt. Das libanesisches und palästinensische Volk aber hat mit der israelischen Invasion von 1982 und dem jetzigen Bürgerkrieg mit einem äußerst hohen Blutzoll diese verfehlte Politik tragen müssen. Mit der Reise Gemayels nach

promißlösung, der auch die libanesischen Opposition nicht eben begeistert zustimmen wird. Die noch verbliebene libanesisches Regierung hat sich um ihres Überlebens willen den gegenwärtigen Machtverhältnissen angepaßt. Aber die sind in einem Land wie Libanon stets fließend.

-gb

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

DORTMUND:

Veranstaltung der KPD Dortmund:

„35 Stunden sind genug! Machen wir der Wende ein Ende“

Beiträge „Warum brauchen wir die 35 Stunden?“, „Streik und Aussperrung — welche Taktik siegt?“, „Rationalisierung, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit — wir brauchen Sozialismus“. (Es spricht Horst-Dieter Koch, Vorsitzender der KPD), „Ausländische Arbeiter und die 35 Stunden“ (in türkischer Sprache), „Frauen und die 35 Stunden“, Kabarett, Liederprogramm, Büchertische, Tombola
Zeit: Freitag, 9. März, 19.30 Uhr
Ort: Haus Göbbeln, Schützenstraße/Ecke Feldhermstraße

BIELEFELD

Samstag, 10. März, 15 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Thema „Ausländerfeindlichkeit“, Restaurant Bogazici, Münzstraße 6, 1. Etage.

HAMBURG

Donnerstag, 15. März, 19.30 Uhr

Veranstaltung der KPD zum Thema „Frauen und die 35-Stunden-Woche“, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstraße 58, 2 Hamubrg 6

Einladung

zur Frauenkonferenz der KPD am 7./8. April 1984

Liebe Genossinnen,

folgendes wollen wir auf unserer Konferenz diskutieren:

1. Zusammenfassung der bisherigen Ansätze von Frauenarbeit in unserer Partei
 2. Wie stellen wir uns die weitere Arbeit vor? (Probleme der Anleitung und konkreteren Frauenpolitik der Partei)
 - 3.1 Verabschiedung einer Frauenresolution
- Zu den Punkten 1. und 2. halten wir eine Unterteilung in
- a) Betriebs- und Gewerkschaftsfrauenarbeit
 - b) Mitarbeit in betrieblich orientierten Frauengruppen (z. B. Hoesch / HDW)
 - c) Mitarbeit in autonomen Frauengruppen
 - d) Hausfrauenarbeit

für notwendig. Hier wollen wir die Erfahrungen, anstehende Aufgaben und Probleme während der Konferenz vor allem in Arbeitsgruppen diskutieren.

Als weitere Diskussionsthemen (im Plenum) sind geplant: Probleme der Frauen in der KPD, Pro und Kontra Teilzeitarbeit.

Wir laden ein: Genossinnen, die bereits aktiv Frauenarbeit in einem der o. g. Bereiche (a-d) machen.

Anmeldungen möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 30. 3. 1984 (damit wir euch noch rechtzeitig Arbeitsunterlagen zuschicken können, Tagesordnung etc.)

Termin: Anreise 6. 4. abends oder 7. 4. morgens, Ende der Konferenz 8. 4., 15.00 Uhr.

P. S.: Ihr müßt mit einem Unkostenbeitrag zwischen 25,— und 40,— DM rechnen.

Ich möchte an einer Frauenkonferenz der KPD teilnehmen

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Bitte einsenden an: KPD, Wellingshofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

HAMBURG

Schulungsabend

„Wer die Welt verändern will, braucht einen klaren Kopf“. Thema:

Lohn, Preis und Profit von Karl Marx

Donnerstag, 22. März, 19.30 Uhr

Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstraße 58, 2000 Hamburg 6

Kommunique

Zu Tode gefoltert

Unter den Opfern der Unterdrückung im Iran ist auch erneut ein führender Kader der Partei der Arbeit des Iran. Dies teilt das Auslandsbüro der Partei in einem Kommunique vom Februar mit. Genosse Ghodrat Fazli, Mitglied des Zentralkomitees der PdAI fiel der Folter in den Gefängnissen Khomeinys

zum Opfer. Die PdAI beklagt dadurch auch einen schweren politischen Verlust. Genosse Ghodrat Fazli war früher bereits vom Geheimdienst des Schah, Savak, gefoltert worden. Unsere Partei drückt hiermit der PdAI und den Angehörigen ihre Anteilnahme aus.



LAUTER ROTSPRECHER

Zeitung der Komischsten Partei Deutschlands

Schon traditionell erscheint bei Siemens in Witten zu Karneval eine Sonderausgabe der Zeitung der Betriebszelle der KPD „Roter Lautsprecher“ unter dem Titel „Lauter Rotsprecher“, Zeitung der Komischsten Partei Deutschlands. Schwerpunkt der diesjährigen Karnevalsausgabe war natürlich die bevorstehende Betriebsratswahl.

Auf der Seite oben rechts nehmen die Genossinnen und Genossen der KPD das gezielt verbreitete Gerücht aufs Korn, wenn „die Roten“, gemeint ist die Vereinigte Belegschaftsliste, die BR-Wahl gewinnt, würde Siemens den Betrieb schließen. Nach der Melodie des Songs von „Geier Sturzflug“, „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“, kann der Text auch gesungen werden ...

Die zweite Seite, unten, besteht aus Prominenteninterviews zur Betriebsratswahl. Ohne jede Person in ihren Zusammenhängen zu erklären, kann man sich schon vorstellen, wen oder welche Liste der „Laute Rotsprecher“ favorisiert. Für den außenstehenden Leser vielleicht noch von Interesse: Rein ist der langjährige, reaktionäre Betriebsratsvorsitzende, Wilhelm der Betriebsleiter von Siemens in Witten.

Der „Laute Rotsprecher“ — zur Nachahmung während der nächsten tollen Tage empfohlen.

Wir bitten die Kandidaten, die wir aus Platzgründen leider nicht berücksichtigen konnten um Verehrung!

Zu unser aller Freude konnte unser rasender Reporter einige Prominente sowie Mitglieder der ersten bzw. zu den diesjährigen Betriebsratswahlen in dieser interviewen. Hier einige Antworten von diesen Leuten.

???



Ich wähle **ANNEGRET SCHÄFER**, denn Mütter müssen zusammenhalten. H: Knef

Ich wähle **KLAUS VAN DER HEIDE**, weil Adel verpflichtet. Lady Di



Ich wähle **HORST REIN**, denn ARIEL wäscht mein Nachhemd nicht nur sauber, sondern REIN. Blacky Fuchsberger



Ich wähle **HERBERT KÜHLEIN**, der ist nämlich fast so sexy wie ich. Karl Dall

Ich wähle **HUBERT GRATZKI**, denn ein Mann muß nicht unbedingt schön sein. Helga Feddersen



Ich wähle **WILLIBALD SCHLOSSER**, denn schwarzbraun ist die Haselnuß. Heino



ICH WÄHLE DEN, DER DAS MEISTE BEZAHLT!!



Ich wähle **RALPH MARKGRA**, weil er so aussieht wie Bernhard Brink. D.-T. Heck

Patrick Duffy und Mireille Mathieu: Wir wählen die „Vereinigte Belegschaftsliste“ (Liste 4) weil wir nur zusammen stark sind (Together we're strong).



Otto Graf Lambsdorff

DER ALPTRAUM EINES ECHTEN SIEMENSIANERS

BESICHTIGEN SIE SIEMENS, SOLANGE ES NOCH STEHT.

Wenn in Betriebsrats-Sesseln, „ROTE“ vor Anker geh'n, dann machen sie den Laden dicht, weil sie auf sowas gar nicht steh'n.

Dann ist es aus mit Supersandi und mit dem Trost von Vater Rein kein Schwein.

und auch um uns're guten Meister kümmert sich echt dann ist alles längst zu spät, dann ist, wenn schon nichts mehr gehehehehet, Besichtigen Sie Siemens, solange es noch steht.

Wenn auf allen Leiterplatten das rote Fähnchen weht, dann hören wir niemals den Schrei der Einrichter nach Qualität.

Und uns're gelbe Geisterbahn, die geistert völlig nutzlos 'rum, dahinter hängt 'ne Gitterbox, darin sitzt Wilhelm und guckt dumm.

Dann ist alles längst zu spät, dann ist, wenn schon nichts mehr gehehehehet, Besichtigen Sie Siemens, solange es noch steht.

Und wenn dann schließlich alles um uns 'rum zusammenbricht, dann gibt es immernoch die Insel, nein dort passiert das nicht.

Als letzter geht er freundlich lächelnd aus diesem ehrenwerten Haus. Dann ist alles längst zu spät, dann ist, wenn schon nichts mehr gehehehehet, Besichtigen Sie Siemens, solange es noch steht.

Melodie: Besuchen Sie Europa, von Geier Sturzflug

Wollt Ihr auch so eine Todesanzeige?

Ihr Leben war Arbeit, Mühsal und Plagen,
mit 35 starb sie an Herzversagen.
Nein, wir wollen die 35-Stunden-Woche!

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Wall), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzloff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 66 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.